Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 112. Mittwoch, den 15. Mai 1918. 25. Jahrg.

Eroberung und Freiheit.

Die Julipolitik von 1917 war nichts anderes als ein Wiederaufleben der Augustpolitik von 1914. Als es so weit gekommen war, daß das Reich, von Feinden umringt, seinen Existenzkampf aufnehmen mußte, sahen sich die Machthaber nach Hilfe um und entdeckten die sozialdemokratischen Arbeitermassen. Diese hatten die ungeheure Gefahr, in der das Reich schwebte, erkannt und waren bereit, es zu verteidigen. Aber ihr freier, auf höhere Menschheitsentwicklung gerichteter Sinn hing an den Idealen der Demokratie, er widerstrebte jeder Vergewaltigung fremder Völker und sah in der freiheitlichen Ausgestaltung des eigenen Vaterlandes das höchste Kriegsziel. Um ihm entgegenzukommen wurde das Wort der Thronrede gesprochen: „Uns treibt nicht Eroberungspolitik", und eine weitreichende „Neuorientierung" im Innern wurde vom Vizekanzler Delbrück angekündigt.

Es ist eine Geschichtsfälschung, wenn die alldeutschen Machtpolitiker behaupten, jemals Anhänger der Augustpolitik gewesen zu sein. Im Gegenteil machen sie in allen ihren Schriften Herrn v. Bethmann den Vorwurf, diese Politik eingeleitet zu haben, sie hatten sich die Sache ganz anders vorgestellt. Berauschung der Massen durch nationalistische Stimmung, Isolierung und Unschädlichmachung der sozialdemokratischen Führer, Unterdrückung der Arbeiterpresse und der Arbeiterorganisationen, das war ihr Programm. Indes mußten sie zähneknirschend zusehen, wie eine nach ihrer Meinung viel zu ängstliche Regierung mit einer Macht paktierte, deren Zerschmetterung für sie das innere Kriegsziel war.

Nach jahrelangem Kampf der beiden Strömungen brachte der Juli 1917 am 11. die Wahlrechtsbotschaft des Königs und am 19. die Friedensresolution des Reichstags. Die öffentliche Meinung bis in die höchsten Kreise hinauf stand damals unter dem Eindruck der Enttäuschung, der durch voreilige Prophezeiungen von einem nahe bevorstehenden glücklichen Kriegsende entstanden war. Die alldeutsche Presse betrachtet die Juliresolution des Reichstages einfach als die Folge einer „Nervenkrise". Daran ist soviel richtig, daß man dann als wiederum wie im August 1914 die Hilfe von unten für sehr richtig hielt und deshalb den eroberungsfeindlichen freiheitlichen Anschauungen der Massen weite Zugeständnisse zu machen bereit war.

Die „Neuorientierung" fand nun endlich in der Ankündigung des gleichen Preußenwahlrechts ihren ersten Anfang, und der Satz der Thronrede „Uns treibt nicht Eroberungslust" wurde acht Tage darauf in einem Reichstagsbeschluß näher ausgeführt. Es war ein Versuch, den Geist des August 1914 mit denselben Mitteln wieder zu beleben, mit denen er erzeugt worden war, und man begreift von hier aus, daß die Machtpolitiker alle Anstrengungen machten, diesen Geist mit Keulen totzuschlagen. Das war die Aufgabe, die sich die „Vaterlandspartei" gestellt hatte und die sie meisterlich gelöst hat.

Inzwischen setzte die Sozialdemokratie ihre Anstrengungen weiter fort, die nach der doppelten Richtung gingen, die Bahn für einen Frieden offen zu halten, der noch vor einer erschöpfenden Kriegsentscheidung geschlossen werden konnte, also den Krieg abzukürzen, und zweitens eine freiheitliche Ausgestaltung Preußen-Deutschlands noch während des Krieges durchzusetzen. Sie forderte sofortige Erfüllung des königlichen Wahlrechtsversprechens und Parlamentarisierung der Regierung im Reiche. Es gelang ihr tatsächlich, den letzten absolutistischen Kanzler zu stürzen und eine Regierung an seine Stelle zu bringen, deren Spitzen mit alten Parlamentariern besetzt waren. Diese Regierung verpflichtete sich, im Sinne der Reichstagsmehrheit zu arbeiten, den Beschluß vom 19. Juli in der auswärtigen Politik durchzuführen und das gleiche Wahlrecht in Preußen ohne Verzögerung zur Geltung zu bringen.

An diese Vorgänge muß man sich erinnern, wenn man die Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses und die des Reichstags-Hauptausschusses aus den letzten Tagen liest. Am Dienstag voriger Woche hat der fortschrittliche Abg. Gothein gegen Herrn v. Payer scharf polemisiert, und am Mittwoch stellten die Zentrumsabgeordneten v. Rechenberg und Erzberger der Regierung Hertling ziemlich ultimativ klingende Forderungen. Es ist also nicht mehr eine einseitig sozialdemokratische Behauptung, daß die Führung der auswärtigen Politik zu den Wünschen der Julimehrheit in schroffem Widerspruch steht. Dieser Sachverhalt ist von dem Augenblick an, in dem die Brest-Litowsker Verhandlungen durch einen berühmten Faustschlag eine andere Wendung nahmen, von der Sozialdemokratie aufgezeigt worden. Aber man zog es vor, den Kopf in den Sand zu stecken und ihn erst wieder herauszuziehen, als man vor vollendeten Tatsachen stand und ein nicht so leicht gutzumachender Schaden angerichtet war.

Hatten die Gegner der Reichstagsmehrheit in der Ostpolitik einen durchschlagenden Erfolg erzielt — wobei die „parlamentarische" Regierung dieser Mehrheit keine beneidenswerte Rolle spielte —, so stehen sie auch in der inneren Politik an der Schwelle eines großen Erfolges. Darüber soll man sich keinen Augenblick täuschen. Im Vertrauen darauf, daß die Regierung das Abgeordnetenhaus nicht auflösen werde, haben sie bei der zweiten Lesung der Wahlrechtsvorlage eine Machtprobe geliefert, die sie bei der dritten wiederholt haben. Wenn man jetzt in freiwillig offiziösen Blättern liest, die Regierung behalte sich vor, das Abgeordnetenhaus zu dem „ihr geeignet scheinenden Augenblick" aufzulösen, so wird einem, man weiß nicht wie. Man hört es knallen, sieht eine gerötete Backe und vernimmt das stolze Wort, die Antwort darauf werde schon kommen — aber „im geeigneten Augenblick". Man kann sich ungefähr vorstellen, wie das den Junkern imponieren wird.

Zwischen der äußeren und der inneren Politik besteht im Kriege ein noch engerer Zusammenhang als in Friedenszeiten. Der Geist der Eroberung und der Geist der Freiheit schließen einander aus. Man kann nicht in der Ukraine einen General S. M. des Zaren zum Diktator einsetzen und derweilen im Innern sich demokratisch gebärden. Man kann umgekehrt den Polen, Ukrainern, Litauern usw. nicht das freie Selbstbestimmungsrecht vorenthalten, wenn im Innern des Reiches selbst ein freier Wind weht.

Freiheit, nicht Eroberung, wurde uns im August 1914 verheißen, und diese Verheißung wurde im Juli 1917 wiederholt. Eroberung, nicht Freiheit, spricht die harte Sprache der Tatsachen zu uns im Mai 1918. Der Kampf ist noch nicht zu Ende — manches Zeichen spricht dafür, daß die Hochkonjunktur der inneren und äußeren Machtpolitiker ihrem Ende entgegengeht.

Ein peinlicher Umstand darf dabei nicht außer acht gelassen werden, daß nämlich die Stärke der beiden Strömungen vielfach mit der Kriegslage geschwankt hat. Es scheint mitunter, daß sich die Volkswünsche der Erfüllung nähern oder von ihr entfernen, je nachdem man mehr oder weniger genötigt zu sein glaubt, mit weiteren schweren Opfern des Volkes rechnen zu müssen. So tauchen unwillkürlich immer wieder Erinnerungen an die Befreiungskriege auf, in denen das gleiche Schwanken zu beobachten war, bis schließlich nach ungeheuren Opfern und Erfolgen des Volkes der Beharrungszustand in der Heiligen Allianz und in den Karlsbader Beschlüssen erreicht wurde.

Solche Beobachtungen werden die deutsche Arbeiterklasse nun freilich nicht zum „Defaitismus" verleiten. Sie befindet sich nicht in einer so verzweifelten Lage, daß sie von der Gunst der Kriegslage, die doch zum großen Teil ihr eigenes Werk ist, etwas zu fürchten braucht. Sie gibt den Kampf nicht auf und beharrt in ihrer Absicht zu siegen — erst für das Reich und dann für sich selbst!

Die Entscheidung über das Wahlrecht.

Was wir vorausgesagt haben, ist eingetroffen. Der § 3 des Gesetzentwurfes über die Wahlen zum Hause der Abgeordneten ist sowohl in der Fassung zweiter Lesung wie auch in der Fassung des Antrages Lohmann **abgelehnt** worden. Ebenso wurde der Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage, das heißt des gleichen Wahlrechts, **abgelehnt.** Es ist damit eine Lücke in der Vorlage vorhanden.

Nach Verkündigung des letzten Abstimmungsresultats erhob sich der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg, um namens der Regierung folgende Erklärung abzugeben:

„Die **Staatsregierung hält** nach wie vor **an dem gleichen Wahlrecht unverrückbar fest** und ist **entschlossen, zu seiner Durchführung alle verfassungsmäßigen Mittel in Anwendung zu bringen.** Sie ist jedoch ebenso der Auffassung, daß das **Herrenhaus** als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung zu diesem für unser ganzes Staats- und Verfassungsleben grundlegenden Reformwerk **Stellung nehmen** muß, zumal da auch die Neuordnung des Herrenhauses selbst einen wesentlichen Teil der geplanten Reform bildet. Demgegenüber wird auch das Herrenhaus mit der Vorlage befaßt werden. Sollte dieses, dem geordneten Gange der Gesetzgebung entsprechende Verfahren innerhalb **angemessener Frist** zur Annahme des gleichen Wahlrechts nicht führen, so wird die **Auflösung des Hauses zum ersten Zeitpunkt, an dem sie nach pflichtgemäßem Ermessen der Staatsregierung mit der Kriegslage vereinbar ist, erfolgen.**"

Die Erklärung des Vertreters der Regierung wurde im Hause verhältnismäßig ruhig aufgenommen. Eine Ueberraschung bildete sie nicht, da man über die Absichten der Regierung durch die Presse genügend unterrichtet war.

Die Abstimmung über sämtliche zu § 3 gestellten Anträge war eine namentliche. Zunächst wurde das gleiche Wahlrecht mit 236 gegen 185 Stimmen abgelehnt. **Für** das gleiche Wahlrecht stimmte die große Mehrheit des **Zentrums**, die größere Hälfte der **Nationalliberalen**, die **Fortschrittliche Volkspartei**, die beiden **sozialdemokratischen Fraktionen, Polen und Dänen.** Von den **Freikonservativen** stimmten dafür die Abgg. Dr. **Arendt**, Dr. **Wagner** und Dr. **Brodt** sowie der Abg. **v. Kardorff.** Ferner stimmten dafür die beiden konservativen Hospitanten **Wollbaum** und **Gaigalat.**

Der Antrag Lohmann wurde gleichfalls in namentlicher Abstimmung mit 338 gegen 73 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten nur die Minderheit der Nationalliberalen, einige Freikonservative und einige Zentrumsabgeordnete. Die Abstimmung über das Pluralwahlrecht endlich ergab die Ablehnung der Beschlüsse zweiter Lesung mit 220 gegen 191 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen. Dafür stimmten die Konservativen, die große Mehrheit der Freikonservativen, einige Zentrumsabgeordnete, dagegen die Nationalliberalen, der größere Teil des Zentrums, Fortschrittler, Polen, Sozialdemokraten und Dänen.

Die weitere Beratung ging unter großer Unaufmerksamkeit des Hauses vor sich. Gegen die Stimmen der Linken gelangte der **Sicherungsantrag** des Zentrums zur **Annahme,** der eine Aenderung der Wahlkreiseinteilung nur mit Zweidrittelmehrheit beider Häuser des Landtags vorsieht. **Endlich** wurde noch abgestimmt über die Anträge auf Einführung des **Proportionalwahlrechts.** Zunächst wurden alle Anträge, die das Proportionalwahlrecht in einigen größeren Industriebezirken einführen wollen, **abgelehnt,** und hierauf erfolgte auch die Ablehnung der Anträge, die den Proporz nur für die gemischtsprachigen Bezirke des Ostens wollen.

Nach der Verfassung muß nun dieser Torso von Gesetzentwurf nach frühestens drei Wochen einer nochmaligen Abstimmung unterzogen werden. Wie verlautet, soll diese Abstimmung, obwohl sie bereits am 5. Juni erfolgen kann, erst am 11. Juni vor sich gehen. Inzwischen hoffen einige Parteiführer, die Basis zu einer Verständigung zu finden. Ob das gelingt, bleibt abzuwarten.

Mit Recht hat der Genosse Hirsch in der der Abstimmung vorangegangenen Debatte die Regierung aufgefordert, den Landtag sofort aufzulösen. Das wäre eine Tat gewesen; hiervon will jedoch die Regierung nichts wissen. Sie wird ihre Kuhhandelsversuche fortsetzen und lebt heute anscheinend in der stillen Hoffnung, daß dieselben Erfolg haben werden. Das preußische Volk sieht, daß es von der Regierung und den Mehrheitsparteien im Dreiklassenparlament nichts zu erwarten hat. Es muß sich auf seine eigene Kraft verlassen. Auch für das gleiche Wahlrecht in Preußen gilt das Wort: Ihr hemmt es, doch ihr zwingt es nicht! Kommen wird es, dessen können die Wahlrechtsfeinde sicher sein.

Was der Krieg bringt.

Der deutsche Abendbericht.

WTB. Berlin, 14. Mai. (Amtlich.)

Erfolgreicher örtlicher Vorstoß in die englischen Linien auf dem Nordufer der Somme an der Straße Bray-Corbie. Heftige Gegenangriffe des Feindes scheiterten. Sonst nichts Neues.

*

Der Wiener Bericht.

Wien, 14. Mai. (Amtlich.)

Die Gefechtstätigkeit an der italienischen Gebirgsfront steigt während der letzten Tage.

Kein finnischer Vormarsch auf Petersburg.

Nach verschiedenen Pressemeldungen sollten Abteilungen der Weißen Finnischen Garde an mehreren Stellen die russisch-finnische Grenze überschritten haben und bis Sestroriek und Pargelovo vorgedrungen sein. — Wir sind zu der Feststellung ermächtigt, daß diese Nachricht jeder Begründung entbehrt. Ein Ueberschreiten der russischen Grenze in Richtung auf Petersburg fand nicht statt.

Finnland und Rußland noch immer im Kriegszustand.

Das finnische Notizbureau teilt offiziös mit, daß diplomatische Beziehungen zwischen Rußland und Finnland nicht bestehen. Von solchen könne keine Rede sein, solange die Festung Ino noch nicht ausgeliefert ist, die russische Kriegsmannschaft sich noch in finnischen Gewässern befinde, die finnischen Aufrührer in Petersburg beherbergt würden und dort neue Feindseligkeiten geplant werden könnten und die Behörden in Ostkarelien die feindlichen Maßnahmen unterstützen.

Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphenagentur aus Moskau vom 10. Mai ist Kameneff, der Sondergesandte des Rates der Volksbeauftragten, der im März auf den Aalandsinseln von der Weißen Garde verhaftet worden war, vor kurzem von den deutschen Behörden in Freiheit gesetzt, jedoch von der Weißen Garde als Geisel zurückbehalten worden, bis die russische Regierung die Vertreter der revolutionären finnländischen Regierung, namentlich die Männer der augenblicklichen finnländischen Regierung ausliefert.

Wie „Svenska Dagbladet" aus Helsingfors erfährt, wurde Sonntag die finnische Flagge über Sveaborg gehißt. Der Präsident Svinhufvud betonte in einer kurzen Ansprache, daß vor hundertzehn Jahren die schwedische Flagge der russischen habe weichen müssen, während jetzt zum ersten Male die finnische Fahne über der Stadt wehe. Außerdem teilte Svinhufvud mit, Sveaborg solle künftig Suomenlinna, das heißt Finnlandsburg, heißen.

Finnischer Einmarsch in Lappland.

Der Einmarsch finnischer Truppen in das russische Lappland, das an die norwegische Finnmark grenzt, und die Besetzung des lappländischen Gebiets Borisgleb hat in Norwegen

Aufregung hervorgerufen. Der norwegische Kriegsminister erklärte im Storting, eine norwegische Militärabteilung werde nach der Grenzstation Kirkenes abgehen.

Unabhängigkeitserklärung Ciskaukasiens.

Die Agentur Milli meldet: Ciskaukasien erklärte seine Unabhängigkeit. Seine Abgesandten in Konstantinopel gaben diesen Beschluß der kaiserlichen Regierung bekannt und teilten ihn den verbündeten und neutralen Staaten telegraphisch mit.

Cis- oder Nordkaukasien vollzieht damit seine Loslösung von Rußland, worauf der Anschluß an die Türkei bald folgen dürfte.

Die Kämpfe in Ostasien.

Einem Amsterdamer Blatte zufolge meldet die „Times" aus Peking: Nach mehreren Gefechten ist der Widerstand der Bolschewiki gegen die Semenowschen Kosaken abgeflaut. Semanow steht jetzt auf dem rechten Ufer des Flusses Indoba, drei Meilen von dem Eisenbahnknotenpunkt Karimskaja. Kleine Abteilungen sind über den Fluß gegangen und haben die Bahn zu beiden Seiten des Knotenpunktes besetzt. Die Hauptmacht der Kosaken wartet mit dem Vormarsch, bis die Brücken über die Flüsse Oron und Indida wiederhergestellt sind. Sie haben sich nach China zurückgezogen. Es sind noch drei Züge mit Bolschewiki von Charborwky unterwegs. Vermutlich wurden sie von den Kosaken, die Semonow unterstützen, angehalten.

Ueber die Vorgänge in der Ukraine

entnimmt Stockholmer „Sozialdemokraten" dorthin gelangten ukrainischen Blättern u. a. folgende Mitteilungen:

In der Nacht zum 23. April wurde die ukrainische sogenannte blaue Division von den deutschen Truppen entwaffnet, weil unter den ukrainischen Soldaten eine starke Gärung gegen die Deutschen sich bemerkbar gemacht hatte. Am folgenden Tage erklärte der Kriegsminister in der Rada, daß die Regierung zwar mit der Entwaffnung eines Teiles der Truppen einverstanden war, aber gegen die brutale Form, in der sie geschah, protestieren mußte. Das Vorgehen der Regierung wurde von der Rada genehmigt. Indessen erschien bald darauf eine Abteilung deutscher Truppen im Saal und trieb die Mitglieder der Rada auseinander.

Auch die erste ukrainische Division, die in Kowel stand, ist wegen ihrer deutschfeindlichen Haltung von den deutschen Truppen entwaffnet worden. Diese Division bestand größtenteils aus Kriegsgefangenen, die seit drei Jahren in den deutschen und österreichischen Gefangenenlagern durch die ukrainische Propaganda bearbeitet und nach dem Friedensschluß mit der Ukraine freigelassen worden waren, um den Kern der ukrainischen Armee zu bilden, die mit den Truppen der Zentralmächte zusammenwirken sollte.

Nach dem Kiewer Blatt „Postednia Isvestija" (Letzte Neuigkeiten) hat der deutsche Befehlshaber in Minsk (Hauptstadt Weißrußlands) einen Generalbefehl erlassen, demzufolge alle Gutsbesitzer oder deren Verwalter unverzüglich zurückkehren und mit der Bestellung des Bodens beginnen müssen. Wer dies nicht binnen 8 Tagen getan hat, wird mit Geldstrafe bis zu 10 000 Rubel belegt werden; nach weiteren 8 Tagen wird das deutsche Oberkommando die Bestellung der Güter auf Kosten des Besitzers selbst übernehmen.

Neue Spaltung der französischen Mehrheitssozialisten?

Im Innern der sozialistischen Mehrheitspartei scheint sich eine neue Spaltung vollziehen zu sollen. Als dieser Tage eine Abordnung amerikanischer Arbeitervertreter in Paris war, hat eine Gruppe der französischen sozialistischen Deputierten unter Führung von Varenne diesen Amerikanern eine Adresse überreicht, deren Hauptthema war, daß die Sozialisten der Entente während des Krieges mit den deutschen Sozialdemokraten nicht zusammen kommen könnten. Wie die „Humanite" berichtet, ist diese Adresse, die von 15 Deputierten unterzeichnet war, ohne Vorwissen der Parteileitung abgefaßt und überreicht worden, weder Thomas noch Renaudel, noch Sembat wußten davon. Das Parteiblatt tadelt das unkameradschaftliche Vorgehen und betont erneut seine Meinung, daß die Internationale der einzige, ungefähr gangbare Weg der Verständigung sei. Der Gegensatz zwischen den beiden Gruppen ist tief und wird noch dadurch verschärft, daß dieselben Deputierten gleichzeitig eine Glückwunschadresse an Branting wegen seiner scharfen Verurteilung der deutschen Sozialdemokratie geschickt haben. Bleibt die Spaltung bestehen, so wäre das eine neue Stärkung der Mehrheit, auf der Clemenceaus Herrschaft immer unerschütterlicher beruht.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 14. Mai. (Amtlich.) In kühnem Draufgehen vernichtete Kapitänleutnant Steinbauer mit seinem bewährten U-Boot im Sperrgebiet des westlichen Mittelmeeres neuerdings innerhalb weniger Tage 7 wertvolle Dampfer, meist unter erheblicher Gegenwehr, und mehrere kleinere Fahrzeuge von zusammen rund 33 000 Brutto-Registertonnen und mit ihnen etwa 10 Geschütze.

Im Morgengrauen des 29. April drang Kapitänleutnant Steinbauer in die stark befestigte Durchfahrt von San Pietro (Sardinien) ein und griff die im Hafen von Carloforte zu Anker liegenden Schiffe an. Er versenkte im Feuer von mehreren Strandbatterien den englischen bewaffneten Dampfer „Kingstonian" (6564 Brutto-Registertonnen) durch Torpedotreffer, vernichtete mit seiner Artillerie zwei große bewaffnete Seeschlepper, schoß einen französischen Viermastschoner in Brand und bekämpfte das feindliche Artilleriefeuer. Alsdann erzwang sich das Boot trotz des Sperrfeuers der Strandbatterien und der Angriffe eines bewaffneten großen Motorbootes die Ausfahrt. Im Ablauf von Carloforte führte das U-Boot ein halbstündiges Artilleriegefecht gegen einen stark bewaffneten Bewacher und beschoß die Funken-Telegraphen- und Signal-Station von Kap Sperone (Insel Antioco) mit beobachteter Trefferwirkung.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Deutscher Reichstag.

Reichstagsschluß.

Der Reichstag beschäftigte sich in seiner gestrigen Schlußsitzung vor Pfingsten weiter mit dem Justizetat. Genosse Landsberg schilderte in treffender Weise die Unzulänglichkeiten der Rechtsprechung, wie sie sich unter dem Belagerungszustand gestaltet hat. Der Unabhängige Sozialdemokrat Herzfeld hatte dem Reichsgericht Rechtsbeugung vorgeworfen, was den Staatssekretär zu einer scharfen Abwehr veranlaßte. Aber auch Genosse Landsberg konnte nicht umhin, an der Rechtsprechung des Reichsgerichts und der Gerichte überhaupt, speziell auch der außerordentlichen Militärgerichte eine scharfe Kritik zu üben und dem Staatssekretär dringend ans Herz zu legen, das Beispiel, daß die junge russische Republik am 1. Mai gegeben, nachzuahmen und im weitesten Umfang für eine Amnestie zu sorgen, die alle diejenigen umfaßt, die wegen Kleinigkeiten unter der Bezeichnung „versuchter Landesverrat" zu schwerer Strafe verurteilt sind, und auch alle diejenigen, die aus idealer Friedensliebe heraus Handlungen begangen haben, die von den Gerichten als versuchter Landesverrat angesehen worden sind. Zum Schluß gab es dann noch eine wüste Skandalszene, an der die Beschuldigungen der Gerichte durch den Unabhängigen Sozialdemokraten Cohn nur einen kleinen Teil der Schuld tragen, denn viele der von ihm vorgebrachten Einzelfälle sind in der Tat außerordentlich empörend; mindestens ebenso Schuld an der unwürdigen Skandalszene war die Ungeschicklichkeit des Vizepräsidenten Dr. Paasche, der die Freiheit der Kritik im Parlament unterbinden, und nicht dulden wollte, daß man bei Erwähnung der außerordentliche Kriegsgerichte von Klassenjustiz spreche. Ganz zutreffend war die Entgegnung des Abgeordneten Cohn, daß er seine Befugnisse damit überschreite und in die sachliche Debatte eingreife.

Ohne erhebliche Debatte wurde dann noch schnell der Kolonialetat erledigt, und gegen 7 Uhr die Sitzung geschlossen; die Abgeordneten sind bis zum 4. Juni in die Pfingstferien gegangen.

*

Dienstag, 14. Mai 1918.

165. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Krause.

Anfragen.

Abg. Gebhart (Kons.) beschwert sich über die Zwangsmaßnahmen gegen Landwirte zur Ablieferung von Hühnereiern; es sei sogar Soldaten der Urlaub verweigert worden, wenn ihre Angehörigen nicht genügend Eier abgeliefert hätten. Die getroffenen Zwangsmaßnahmen entbehrten der gesetzlichen Unterlage.

Unterstaatssekretär Dr. Müller: Zwangsmaßnahmen zur Erfassung der Eier sind zulässig und rechtsgültig. Eine Zwangslieferung von Eiern vorzuschreiben ist nach den gemachten Erfahrungen notwendig. Von einer Urlaubsverweigerung aus dem genannten Grunde ist weder dem Reichskanzler noch dem Kriegsminister etwas bekannt.

Abg. Dr. Bollert (Natl.) beschwert sich über Doppelbesteuerung von hamburgischen Offizieren, die nach Preußen zur Dienstleistung kommandiert sind.

Ein Regierungskommissar: Die Herren zahlen in Hamburg Staatseinkommensteuern und in Preußen Gemeindeeinkommensteuern: eine Doppelbesteuerung liegt nicht vor.

Abg. Liſt (Natl.) fragt, ob Sorge getragen ist, daß die deutschen Städte möglichst frühzeitig und reichlich mit Hausbrandkohle für den kommenden Winter versehen werden.

Ein Regierungskommissar: Es ist Vorsorge getroffen, daß die Kohlen möglichst frühzeitig geliefert werden.

Abg. Dr. Belzer (Zentr.) wünscht, daß die Blitzableiter erst nach dem Ende der Gewitterzeit abgenommen werden, und daß die Militärverwaltung für Ersatz sorge.

Hauptmann v. Kraft: Kupferne Blitzableiter brauchen erst abgenommen zu werden, wenn das eiserne Ersatzmaterial vollständig zur Stelle ist. Die Auswechslung kann ohne Blitzgefahr erfolgen.

Hierauf wird die Beratung des Etats der Reichsjustizverwaltung fortgesetzt.

Abg. Dr. Pfleger (Zentr.) begründet eine Resolution, die einen Gesetzentwurf fordert, durch den eine soziale Organisation der deutschen Rechtsanwaltschaft geschaffen wird.

Abg. Behrens (Deutsch. Fraktion.) wünscht die Möglichkeit, kurzfristige Freiheitsstrafen in Geldstrafen umzuwandeln und wendet sich gegen die vielen Strafandrohungen in den Kriegsverordnungen. Man sollte sich mehr mit Warnungen begnügen.

Abg. Herzfeld (U. S.): Der Resolution des Zentrums auf Schaffung einer sozialen Organisation der deutschen Rechtsanwälte stimmen wir zu. In bezug auf die steigende Kriminalität der Jugendlichen darf man nicht vom Strafrichter Besserung erwarten; wir brauchen ein neues Jugendrecht, in dem nicht der Strafrichter, sondern die Familie, der Lehrer, der Vormundschaftsrichter eine Rolle spielt. Vor allem muß man, um der Kriminalität zu begegnen, den Kampf gegen den Krieg führen, der alle Kulturgüter und alle Sittlichkeit zerstört. (Beifall bei den Unabh. Soz.) Unter dem gesetzlichen Belagerungszustand werden die Bestrebungen der unabhängigen Sozialdemokratie zu landesverräterischen gestempelt, diese Bestrebungen, die getragen sind von der glühendsten Vaterlandsliebe, von der Liebe zum Vaterland der großen Massen, von der Liebe zu allen Kulturidealen. (Beifall bei den Unabh. Soz.) Die unabhängige Sozialdemokratie wird außerhalb des Rechts stehend erklärt, das beweist das Vorgehen gegen Frau Zietz. Das Reichsgericht spricht Recht nach diesem Rezept des früheren Reichskanzlers Michaelis. So hat es auch die Mitglieder des Jugendbildungsvereins Dresden wegen Landesverrats zu Zuchthausstrafen verurteilt. Durch diese Art der Klassenjustiz tut das Reichsgericht alles, um die Macht der Militärdiktatur zu stärken. (Beifall bei den Unabh. Soz. — Stürmische Unterbrechungen und Pfui-Rufe. Rufe bei der Mehrheit. — Der Vizepräsident Dr. Paasche ruft den Abg. Herzfeld zur Ordnung.)

Staatssekretär v. Krause: Aufs entschiedenste weise ich diese Art der Kritik an der Rechtsprechung des Reichsgerichts zurück. (Beifall bei der Mehrheit.) Das Reichsgericht hat noch nie Anlaß dazu gegeben, daß man ihm nachsagt, daß es gegen seine Auffassung von Recht entschieden hat. Daß die unabhängigen Sozialdemokraten nicht jenseits des Rechts stehen, beweist gerade der Fall Zietz, denn in diesem Falle hat das Reichsgericht entschieden, daß die ermittelten Tatsachen nicht ausreichen, um eine Verfolgung zu rechtfertigen und hat die Frau außer Verfolgung gesetzt. Dem Grundgedanken des Antrages des Zentrums zur Schaffung einer sozialen Organisation für die Rechtsanwälte stehe ich freundlich gegenüber.

Abg. Landsberg (Soz.): Den Grundgedanken der Zentrumsresolution billigen auch wir, wir ziehen aber eine allgemeinere, die Einzelheiten nicht bindende Fassung vor. An den gestrigen Ausführungen des Staatssekretärs freute mich seine Absage gegen bureaukratische Engherzigkeit. Damit verträgt sich aber nicht, daß z. B. die Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. M. gegen unseren Parteifreund Wendel Anklage im öffentlichen Interesse wegen Beleidigung eines Oesterreichers erhoben hat, dessen Buch über Serbien Wendel in einer österreichischen Zeitung besprochen hat. Die Staatsanwaltschaft in Frankfurt hatte es so eilig, daß sie nicht einmal vom Reichstag die Ermächtigung zur Strafverfolgung nachsuchte. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Eifer, der sich dort äußert, könnte sich besser an der Front austoben. Zum mindesten scheint einer der Herren dort überflüssig und geeignet für ein anderes Tätigkeitsfeld. Die Verordnung, daß derjenige, der mehr als den Höchstpreis zahlt, grundsätzlich straffrei sein soll, begrüßen wir mit Genugtuung. Es wäre auch ein Skandal, wenn z. B. der Neuköllner Oberbürgermeister dafür, daß er die unzureichende Erfassung der Lebensmittel seitens der Behörden durch höhere Preise auszugleichen suchte, bestraft würde. Daß der Staatssekretär während des Krieges die Strafprozeßordnung nicht ändern will, ist mir bei dem Mangel an Arbeitskräften verständlich. Ganz untätig aber wird er auf dem Gebiet nicht bleiben können. Wir haben ja auch glücklicherweise für Verstöße gegen § 9 des Belagerungszustandes Geldstrafe bereits zugelassen und sollten in dieser Richtung weitergehen. Unter den vom Reichsgericht wegen Spionage Verurteilten sind viele, die der Sache der Menschlichkeit zu dienen glaubten. Da hätte der Friede von Brest-Litowsk und von Bukarest wohl zu einer Amnestie in weitem Umfang Veranlassung geben sollen. Die Kriegsziele gehen sich eben verschieden, den einen veranlaßt sie zur Aufstellung maßloser Kriegsziele, den andern zum Zertrümmern von Schaufenstern, und das letztere ist noch immer sympathischer als das erstere, denn die, die die Schaufenster zertrümmern, tragen doch ihre eigene Haut zu Markte, die andern aber nicht. (Lebh. Sehr richtig!) Auch bei den wegen Landesverrat von den außerordentlichen Kriegsgerichten Verurteilten wäre eine Amnestie am Platze. Der Staatssekretär sollte das Beispiel der jungen russischen Republik vom 1. Mai nachahmen. Die Stimmung der Bevölkerung, die nach vier Kriegsjahren eine Aufbesserung sehr wohl verträgt, würde dadurch erheblich verbessert werden. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (U. S.): Dem Grundgedanken der Zentrumsresolution stimmen auch wir zu. — Die Richter können sich den durch ihre Abstammung und ihre Klassenlage bedingten Wünschen und Bestrebungen nicht entziehen, darin liegt der Grund der Klassenjustiz, die nicht etwa eine bewußte Rechtsbeugung ist. Vor hundert Jahren sandte man Turner, die für ein deutsches Vaterland schwärmten, auf die Festung, heute schickt man Leute für die Verbreitung von Flugblättern, die sich mit den Mitteln zur Herbeiführung des Friedens beschäftigen, ins Zuchthaus. Die Strafe ist eine andere geworden, aber geblieben ist die Blindheit und Engbrüstigkeit der Klassenrichter und die Verfolgungssucht des Staates. Von den außerordentlichen Kriegsgerichten ist die Klassenjustiz geradezu überspannt worden, weil sie glaubten, sie könnten damit der Gefahr des Hinübergreifens des Bolschewismus nach Deutschland verhindern. Weil eine Arbeiterin gegen das Gebäude der A. E. G. die Hand erhoben hatte, wurde sie zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) Die Gerichte suchen eben jede kriegsgegnerische Tendenz mit allen staatlichen Mitteln zu unterdrücken. Eine Frau, die für ihr krankes Kind Medizin aus der Apotheke holen wollte und deren Mann im Felde steht, geriet dabei in einen Menschenhaufen; ein Schutzmann sah, wie sie sich an einem Straßenbahnwagen niederbeugte. Sie erklärte das damit, daß ihr der Hut vom Kopf gefallen war, und der Schutzmann gab zu, daß sie bei der Verhaftung keinen Hut hatte. Das Gericht aber erklärte sie durch das Zeugnis des Schutzmannes für überführt, sich an dem Versuch, den Straßenbahnwagen umzuwerfen, beteiligt zu haben, und verurteilte sie zu anderthalb Jahren Zuchthaus. (Lebhafte Pfuirufe und Hört, hört! b. d. U. Soz.) Jugendliche Personen sind selbst nach der Aufhebung der außerordentlichen Kriegsgerichte noch wochenlang in Haft gehalten, ohne dem Richter vorgeführt zu werden. Das zeigt die Verlodderung aller Rechtsbegriffe, die bei den Behörden eingerissen ist. In den besetzten Gebieten sind Zuchthausstrafen nach russischem Recht erkannt für Vergehen, die bei uns nicht mit Zuchthaus bestraft werden; die Strafen werden aber in unseren Zuchthäusern vollstreckt. Hält der Staatssekretär das für zulässig? In Groß-Strehlitz sitzen auch sechs oder sieben der höchsten Richter von Belgien. Den Hut ab vor diesen belgischen Richtern, die unter den Augen und Klauen der okkupierenden Macht den Mannesmut besaßen, um Recht Recht bleiben zu lassen! Die Verlodderung des Rechtsgefühls zeigt sich ja auch in der Politik. Man redet der Welt vor, wir hätten Frieden mit Rußland geschlossen, und besetzt sein Gebiet, um Getreide zu rauben. (Große Unruhe. Vizepräsident Paasche: Ich bitte dies Thema nicht weiter zu verfolgen.) Ich wünsche unserem Lande soviel mutige und aufrechte Männer wie in Groß-Strehlitz (Kreis Oppeln) aus Belgien und auch aus Deutschland sitzen, dann werden wir aus dem Krieg in den Frieden, aus der Lüge zur Wahrheit kommen. (Unterbrechung und Zurufe.) — Ferner erinnere ich den Staatssekretär an den Fall des Matrosen Reichwitsch, der am 30. August 1917 zum Tode verurteilt war und an seine Eltern einen rührenden Brief schrieb, mit der Bitte, die Gnade des Kaisers anzurufen. Die Kommando- oder Gerichtsbehörde — für einen Soldaten ist beides ja dasselbe — hat den Brief nicht befördert und die Eltern erfuhren erst nach der Vollstreckung des Todesurteils von der Sache. (Lebhaftes Pfui!) Zur Beförderung des Briefes war das Reichsmarineamt ja nicht verpflichtet. Ich habe auch nie bezweifelt, daß bei dieser wie bei jeder anderen Scheußlichkeit „die Papiere in Ordnung sind." Wir finden bei jeder Abweichung von der Ethik anständiger Leute eine Verfügung, wonach alles in Ordnung ist (Unruhe und Zurufe.) Will aber der Herr Staatssekretär nicht anordnen, daß in Zukunft bei Todesurteilen die Angehörigen Mitteilung erhalten? (Vizepräsident Paasche: Sie wissen ganz genau, daß das nicht zur Zuständigkeit des Reichsjustizamtes gehört; ich bitte auch nicht weiter von Klassenjustiz zu sprechen.) Ich spreche hier zum Reichsjustizamt.

Vizepräsident Dr. Paasches: Darüber entscheide ich, und ich bitte Sie, jetzt zum Titel Staatssekretär des Reichsjustizamtes zurückzukehren.

Abg Cohn versucht in derselben Weise weiterzusprechen. (Vizepräsident Paasche unterbricht und schwingt andauernd die Glocke. Zurufe b. d. U. Soz.: Das lassen wir uns nicht gefallen.)

Vizepräsident Dr. Paasche: Ich habe Sie darauf aufmerksam gemacht, daß ich nicht dulden kann, daß Sie von Klassenjustiz sprechen. (Laute Unterbrechungen b. d. U. Soz. Glocke des Präsidenten.) Sie haben zu schweigen, wenn die Glocke tönt. Ich rufe Sie erneut zur Ordnung und mache Sie auf die Folgen eines weiteren Ordnungsrufes aufmerksam.

Abg. Dr. Cohn (fortfahrend): Das ist ein sachlicher Eingriff in die Debatte, der Ihnen nicht zusteht.

Vizepräsident Dr. Paasche: Wegen dieser Kritik an meiner Geschäftsführung rufe ich Sie zur Ordnung und werde im Wiederholungsfalle das Haus fragen, ob es Sie weiter hören will. (Zurufe b. d. U. Soz.: Ein liberaler Präsident!) Es gibt keinen liberalen Präsidenten, sondern nur einen unparteiischen.

Abg. Cohn (fortfahrend): Ich kehre zum Thema zurück. (Vizepräsident Paasche: Zum Thema Staatssekretär des Reichsjustizamtes.) Zu etwas anderem habe ich nicht gesprochen. Jetzt erleben wir im vierten Kriegsjahre, daß die Klassenjustiz auch unter dem Schutze des Reichstagspräsidenten steht. Deshalb ist es das Beste, zu schließen.

Vizepräsident Paasche: Ich rufe Sie noch einmal zur Ordnung. Ich kann es nicht zulassen, daß das Bestehen der Kriegsgerichte ein Zeichen von Klassenjustiz ist.

Die Debatte schließt. Die Resolution des Zentrums wird zurückgezogen und in etwas allgemeinerer Form angenommen.

Der Justizetat wird bewilligt.

Der Kolonialetat.

Die Abgg. Dr. Heckscher (Vp.) und Stubmann (Natl.) wünschen, daß der Staatssekretär Solf bald wieder seines Amtes walten würde. Beide heben die Bedeutung der Kolonien für die deutsche Zukunft hervor.

Abg. v. Böhlendorff (Kons.) feiert den General von Lettow, glaubt, daß in der Kolonialpolitik nunmehr alle Parteien einig seien und die politischen Gegensätze aus diesem Kapitel verschwunden wären, und erklärt zum Schluß, eine wirkliche deutsche Kolonialpolitik ohne den Besitz der flandrischen Küste für unmöglich.

Abg. Dr. Arendt (D. Fr.) begrüßt als einer der ältesten deutschen Kolonialpolitiker die Uebereinstimmung des Reichstages in Kolonialfragen.

Abg. Henke (U. S.): Wir machen alle diese Phantastereien nicht mit. (Vizepräsident Paasche rügt den Ausdruck. — Unruhe bei den Unabh. Soz.) Wir lehnen die kapitalistische Kolonialpolitik grundsätzlich ab und sehen in den kolonialen Plänen die eigentliche Ursache und den Zweck des Krieges. Hinter uns steht das Volk. (Rufe: Zwickau! — Gelächter.) Leider findet die Kolonialpolitik auch die Unterstützung eines Teils der Sozialdemokraten, die ins Fahrwasser des Imperialismus geraten sind. (Zustimmung bei den Unabh. Soz.)

Abg. Noske (Soz.): Bei der vorgerückten Stunde lasse ich mich auf eine Debatte über Ursachen und Kriegsziele nicht ein. Die Bemerkung des Abg. v. Böhlendorff über die belgische Küste gehörte wirklich nicht zur Kolonialpolitik. Ich begnüge mich damit, erneut festzustellen, daß auch nach Auffassung der sozialdemokratischen Partei, hinter der die Masse der deutschen Arbeiter, wie der gestrige Tag wieder bewiesen hat, unerschütterlich steht (Lebh. Zustimmung bei den Soz.), unsere Gegner mit der Wieder-

herstellung des deutschen Kolonialbesitzes unter allen Umständen zu rechnen haben. (Erneute Zustimmung bei den Soz.)

Unterstaatssekretär Dr. Gleim dankt für die Wünsche des Hauses, die er dem Staatssekretär übermitteln wird.

Damit schließt die Debatte.

Vizepräsident Dr. Paasche gedenkt des in Kiel verstorbenen Professors Hänel, der dem Reichstage lange angehörte und auch sein Vizepräsident war.

Das Haus vertagt sich.

Abg. Ledebour (U. S.) beantragt, morgen eine Sitzung mit der Tagesordnung „Der Ostfrieden" abzuhalten. Eine Vertuschungspolitik sei nicht länger am Platze, die Vorgänge in der Ukraine, in Finnland, Estland usw. müßten besprochen werden.

Vizepräsident Dr. Paasche: Eine solche Erörterung ist morgen schon aus dem Grunde nicht möglich, weil Staatssekretär v. Kühlmann im Hauptquartier ist.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Unabh. Soz. abgelehnt.

Nächste Sitzung: Dienstag, 4. Juni, 2 Uhr. (Kleine Anfragen, Belagerungszustand, Reichsamt des Innern.)

Schluß 7 Uhr.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 15. Mai. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich vom Kemmel hatten örtliche Angriffsunternehmungen vollen Erfolg und brachten 120 Gefangene ein. Unsere Angriffe trafen unter Ablösung befindliche Truppen und kosteten den Franzosen sehr blutige Verluste. Der Artilleriekampf blieb im Gebiet des Kemmel gesteigert. Heute früh haben sich dort mit französischen Vorstößen neue Infanteriegefechte entwickelt.

Zwischen der Lys und dem La-Bassee-Kanal, an der Scarpe und bei Bucquoi war die feindliche Artillerie namentlich während der Nacht rege. Zwischen Ancre und Somme drangen wir in kurzem Stoß an der Straße Bray—Corbie in englische Linien ein und behaupteten genommenes Gelände gegen zweimaligen starken Gegenangriff des Feindes. Zur Unterstützung der Infanterie hielt lebhafte Artillerietätigkeit an. Bei Villers-Bretonneux, beiderseits der Luce und Avre lebte der Feuerkampf vielfach auf. Auf dem westlichen Avre-Ufer griff der Feind unsere Linie bei Castel an. Unter schweren Verlusten wurde er zurückgeschlagen.

In einzelnen Abschnitten Erkundungsgefechte.

Unsere Flieger schossen gestern fünf feindliche Fesselballone ab. An den Kampffronten sehr rege nächtliche Fliegertätigkeit.

Wir bewarfen Calais, Dünkirchen und andere rückwärtige Munitionslager und Bahnanlagen des Feindes ausgiebig mit Bomben.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Mittwoch, 15. Mai.

Die Wohnungsnot

hat wiederholt die Lübecker Bürgerschaft und den Bürgerausschuß beschäftigt, ohne daß bisher Maßnahmen beschlossen wären, die wirklich geeignet erscheinen, eine Abhilfe der auf diesem Gebiete bestehenden unhaltbaren Zustände zu bringen. Der Vertrag mit der Heimstättengesellschaft, welcher die Schaffung von 12 Wohnungen ermöglicht, ist gewiß begrüßenswert, aber doch nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Die Vereinbarung des Staates mit dem gemeinnützigen Bauverein, durch welche eine weitere Anzahl von Wohnhäusern erbaut werden sollte, ist nicht zustande gekommen und es ist sehr fraglich, ob die kommende Generalversammlung, die sich erneut damit beschäftigen wird, ihren Standpunkt ändert. Nun hat ja vor kurzem die Bürgerschaft einen Antrag von Dr. Wittern angenommen, der billigen Grund und Boden für Wohn- und industrielle Zwecke bereitstellen soll; aber die Gedanken dieses Antrages, der heute im Bürgerausschuß zur Verhandlung kommen soll, können eine praktische Wirkung im günstigsten Falle erst nach Beendigung des Krieges auslösen, zumal anzunehmen ist, daß ihre Prüfung durch eine Bürgerausschußkommission längere Zeit in Anspruch nehmen wird.

Wenn die Bürgerschaft der gegenwärtig bestehenden Notlage schleunigst abhelfen wollte, dann mußte sie den sozialdemokratischen Antrag annehmen, welcher den Senat ersuchte, ihr eine Vorlage über den staatlichen Eigenbau von Wohnungen entgegenzubringen. Wer die Verhandlungen des Lübecker Vierklassenparlaments über diesen Gegenstand verfolgt hat, dem wird aufgefallen sein, daß die Ablehnung des Antrages erfolgte, ohne daß gegen ihn irgend welche durchschlagenden sachlichen Gründe vorgebracht wurden. Niemand kann im Ernst bestreiten, daß in diesem Vorschlage, der allerdings erhebliche staatliche Opfer fordert, eine der wenigen, vielleicht die einzige Möglichkeit liegt, schon jetzt eine größere Vermehrung der Kleinwohnungen zu erreichen. Bezeichnend ist es auch, daß man den Vorschlag nicht einmal einer näheren Prüfung durch den Bürgerausschuß für wert erachtete.

Die Kleinwohnungsnot ist nun eine Erscheinung, welche sich nicht nur auf Lübeck beschränkt, sondern sich in vielen deutschen Städten unangenehm fühlbar macht. Am 11. Mai hat sich auch der Vorsitzende des deutschen Bauarbeiterverbandes, Genosse Paeplow, in Bergedorf zu dieser Angelegenheit geäußert. Seine Ausführungen sind sehr interessant und von Sachkenntnis getragen, weshalb wir sie nachstehend wiedergeben:

Genosse Paeplow führte aus: Auf Grund einwandfreien statistischen Materials ist erwiesen, daß in Friedenszeiten ein Leerstehen von kleinen Wohnungen mit 1 Prozent der überhaupt vorhandenen Wohnungen als normal anzusehen ist. Dieser Stand trifft heute aber nirgends mehr zu. In den weitaus meisten Städten ist dieser Prozentsatz weit heruntergedrückt, und in Gemeinden, wo die Rüstungs- und Munitionsindustrie ihre Stätten aufgeschlagen oder ihre alten Betriebe erweitert haben, ist mit einem Leerstehen von Kleinwohnungen überhaupt nicht zu rechnen. Das hat seine Ursachen darin, daß von einer wirklichen Bautätigkeit während der Kriegszeit nicht gesprochen werden kann. Der Arbeiter- und Materialmangel hat dieselbe fast ganz stillgelegt. Eine Verordnung des Kriegsamtes besagt, daß nur 25 Prozent der zur Verfügung stehenden Bauhandwerker für Reparaturen und konzessionierte Bauten Verwendung finden dürfen, die übrigen 75 Prozent sind in der Kriegswirtschaft zu beschäftigen. Daß mit den 25 Prozent der vorhandenen Bauarbeiter die fehlenden Wohnungen nicht beschafft werden können, ist aber ohne weiteres klar. Statistische Berechnungen haben ergeben, daß mit Beendigung des Krieges die allergrößte Wohnungsnot entstehen wird. Das Zusammenlegen des Haushalts, wie es vielfach stattgefunden, wird eine Reaktion zur Folge haben, die die Wohnungsnot noch verschärfen muß. Ferner die Kriegstrauungen und andere gesellschaftliche Erscheinungen werden die Wünsche für Gründung eines eigenen Hausstandes steigern, so daß aller Voraussicht nach die traurigsten Zustände auf diesem Gebiete zu erwarten sind. Wie ist dem nun abzuhelfen? Man hat die Keller- und Dachgeschoßwohnungen wieder freigegeben. Diese Maßnahme ist aber so ungenügend, daß man sie nur bedauern kann, da besonders die Kellerwohnungen als ungeheuer gesundheitsschädlich für die Bevölkerung zu bezeichnen sind. Ebenso wird das Zerteilen der großen Wohnungen und Läden in kleinere Wohnungen der Not nicht abhelfen können. Im übrigen wird nach Beendigung des Krieges der Bedarf an Läden sich ebenfalls wieder steigern. Eine neue Verordnung des Kriegsamtes, für Orte mit großer Wohnungsnot Baumaterialien freizugeben, wird keine praktische Bedeutung erlangen, weil nur 25 Prozent der Bauarbeiter dazu verwendet werden dürfen. Aber auch die Beschaffung der Baumaterialien ist schwierig; es fehlt an allen einschlägigen Materialien. Das Holz ist im Kriege verbraucht; ferner muß Bauholz, wenn es verwendungsfähig und haltbar sein soll, im Herbst geschlagen werden, so daß frühestens nächstes Frühjahr wieder Bauholz zur Verfügung stehen kann. Dann fehlen aber in der Hauptsache Ziegelsteine; diese sind kohlenfressendes Baumaterial, un bei der Kohlennot ist nicht zu erhoffen, daß die jetzt stillgelegten deutschen Ziegeleien mit genügend Kohle versehen werden können, um ihre Betriebe wieder voll lieferungsfähig zu machen. Deshalb müssen wir uns wohl oder übel mit den von den verschiedensten Seiten vorgeschlagenen Behilfsbauten abfinden. Der geeignetste Vorschlag dürfte der Familien-Barackenbau sein. Aber auch die Vorarbeiten für den Kleinwohnungsbau müssen energisch angefaßt werden. Es müssen Bebauungspläne aufgestellt, Straßen und Kanalisation angelegt werden. Die Behörden der notleidenden Gemeinden müssen bei den zuständigen Zentralstellen vorstellig werden, daß diese Kohlen für Ziegeleien bereitstellen. Ein großes Hemmnis für den Kleinwohnungsbau wird sein, daß dieser nicht gewinnbringend sein kann. Eine einfache Zweizimmerwohnung kostete vor dem Kriege 4000 Mk. zu bauen, die eine Miete von 350 Mk. bis 500 Mk. einbrachte, nach den jetzigen Preisen der Materialien würden die gleichen Wohnungen 700 Mk. bis 1000 Mk. kosten werden. Diese Summe kann die minderbemittelte Bevölkerung für eine Wohnung einfach nicht ausgeben. 1000 Ziegelsteine, die vor dem Kriege 20 Mk. bis 22 Mk. kosteten, haben jetzt den Preis von 60 Mk. bis 65 Mk. Ein Kubikmeter Bauholz war früher für 55 Mk. bis 60 Mk. erhältlich, heute dagegen nur für 155 Mk. Auch die Arbeitslöhne in der Bauindustrie sind durchschnittlich um 50 Prozent gestiegen. An ein Abbauen der letzteren ist aber in etlichen Jahren nicht zu denken. Hieraus entsteht die Notwendigkeit, ein Reichswohnungsgesetz zu schaffen. Ferner müssen Reichszuschüsse für den Wohnungsbau geleistet werden. Die Gemeinden sind dazu nicht in der Lage. Der Reichswohnungsausschuß hat beantragt, 500 Millionen Mk. vom Reich für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen, und es besteht, begründete Vermutung, daß diesem zugestimmt wird. Es kann nun aber nicht angehen, daß diese Zuschüsse an private Bauunternehmer gezahlt werden, sondern das Bauen muß den Gemeinden oder gemeinnützigen Baugesellschaften überlassen werden, damit der Staat und den Gemeinden der gebührende Einfluß bleibt. Am erfolgreichsten werden hier gemischtwirtschaftliche Gesellschaften arbeiten können. Staat und Gemeinden müssen ferner alles zur Verfügung stehende Baugelände in Erbbaupacht, unentgeltlich oder zu ganz billigem Preise hergeben. Dem Wucher in Baugelände ist in ganz energischer Weise zu Leibe zu gehen; der Wert für den Grund und Boden muß einen festbleibenden Wert behalten. Des weiteren ist es notwendig, daß die Gemeinden als Selbstgeber oder Bürgen für die benötigten Baugelder auftreten. Die Frage: wie muß gebaut werden? ist ebenfalls von weittragender Bedeutung. In letzter Zeit wird viel davon gesprochen und geschrieben, die Kriegsbeschädigten in anzulegenden Kolonien anzusiedeln. Wenn man den Kriegsbeschädigten die Lust am ferneren Leben nicht vollständig nehmen will, so sollte man das Isolieren der Kriegsbeschädigten unterlassen. Nur durch das Zusammenleben mit gesunden Menschen ist die Lebensfreude der Kriegsbeschädigten neu zu entfachen. Was die sonstigen Wohnbauten anbetrifft, so dürften keine fünf- bis sechsgeschossigen Bauten errichtet werden. Man sollte allgemein dazu übergehen, nur höchstens zweigeschossige Wohnhäuser zu bauen. Zu jeder Wohnung müssen ein kleiner Garten und größere Spielplätze für Kinder angelegt werden.

Der Sozialdemokratische Verein hält morgen, Donnerstag, abend 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung ab, die dem Gedächtnis unseres großen Vorkämpfers Karl Marx gewidmet ist. Niemand fehle.

Neue Strafbestimmungen gegen die Preistreiberei.

In einer Sitzung vom 8. Mai hat der Bundesrat dem Entwurf einer Verordnung gegen Preistreiberei zugestimmt. In der neuen Verordnung sind die Vorschriften des Kriegswucherstrafrechtes, die bisher zum Teil in der Verordnung gegen übermäßige Preissteigerung, zum Teil im Höchstpreisgesetz sowie in mehreren gegen den Kettenhandel gerichteten Vorschriften zerstreut waren, einheitlich zusammengefaßt und nach verschiedenen Richtungen geändert und ergänzt. Neue Strafvorschriften richten sich insbesondere gegen das Fordern übermäßiger Vergütungen für die Vermittlung von Geschäften über Gegenstände des täglichen Bedarfes oder des Kriegsbedarfs (Provisionswucher) sowie gegen Betriebsinhaber und Betriebsleiter, welche die Angestellten des Betriebes von der Begehung von Preistreibereien abzuhalten schuldhaft unterlassen. Eine **Erleichterung zugunsten der Verbraucher** ist bei der Höchstpreisüberschreitung vorgesehen; der Käufer soll nur dann strafbar sein, wenn er die **Höchstpreise beim Erwerb für Zwecke der Weiterveräußerung mit Gewinn überschreitet** oder wenn er selbst den **Verkäufer zur Ueberschreitung der Höchstpreise auffordert oder anreizt.**

Die Strafandrohungen sind erheblich verschärft, insbesondere wenn Rückfall vorliegt. Eine wesentliche Neuerung betrifft die Einziehung des übermäßigen Gewinns. Sie ist ausnahmslos in allen Fällen des Preiswuchers, des Provisionswuchers und der Höchstpreisüberschreitung vorgeschrieben und richtet sich gegen alle natürlichen und juristischen Personen, denen der übermäßige Gewinn durch die Tat selbst oder nach der Tat durch eine zum Zwecke der Vereitelung der Einziehung oder unentgeltlich gewährte Zuwendung zugeflossen ist.

Der Beseitigung berechtigter Beschwerden des Handels und sonst beteiligter Erwerbszweige dienen mehrere Vorschriften. Zunächst ist, einem aus diesen Kreisen allgemein geäußerten Wunsche entsprechend, die Berechnung von Durchschnittspreisen zuzulassen, soweit es sich um gleichartige Gegenstände handelt und die Ordnungmäßigkeit der Berechnung des Durchschnittspreises nachweisbar bleibt. Ferner ist die Annahme von Preiswucher in der Folge ausgeschlossen, wenn Höchstpreise oder sonstige von einer zuständigen Behörde festgesetzte Preise (Richtpreise usw.) eingehalten werden. Weiterhin ist im Interesse des Ausfuhrhandels angeordnet, daß die Vorschriften gegen Preistreiberei und über Höchstpreise auf Lieferungen nach dem Auslande keine Anwendung finden. Endlich ist die für die Uebergangswirtschaft besonders wichtige Bestimmung getroffen, daß der Reichskanzler oder die von ihm bestimmte Stelle für Einfuhrgeschäfte Ausnahmen von den Höchstpreisen und von den durch die Preiswuchervorschrift bedingten Beschränkungen in der Preisbemessung zulassen kann.

Die Verordnung tritt am 1. Juni 1918 in Kraft. Eine bestimmte Geltungsdauer ist nicht vorgesehen, vielmehr ist dem Reichskanzler die Ermächtigung erteilt, zu bestimmen, wann und in welchem Umfange die Verordnung wieder außer Kraft tritt.

Die neuen Eisenbahnfahrpläne treten heute in Kraft.

Das Quantum Butter, welches allwöchentlich hier in Lübeck zur Ausgabe gelangt, ist noch immer ein außerordentlich minimales. 40 Gramm sind für die laufende Woche vorgesehen. Das sind zwar 10 Gramm mehr als gewöhnlich, aber es ist doch nur ein ganz kleiner Fettfleck in dem durch Fettigkeiten ganz gewiß nicht mehr verwöhnten Magen. Seit Wochen befinden sich nun schon die Kühe auf der Weide und das Grünfutter, das recht gut steht, scheint ihnen nicht übel zu bekommen. Da müßte doch eigentlich mehr Milch und mehr Butter an die Bevölkerung herankommen. Bemerkenswert ist nun, daß nach einer amtlichen der Woche vom 18. bis 24. Mai 70 Gramm Butter zur Verteilung gelangen; allerdings keine Margarine. Was aber in Hamburg geschieht, sollte doch auch in Lübeck möglich sein. Der Unwille darüber, daß viele Leute in der vorigen Woche gar kein Fleisch oder nur einen Teil des ihnen nach der Fleischkarte zustehenden Quantums erhielten, ist in den davon betroffenen Kreisen groß, zumal anscheinend garnicht daran gedacht wird, ihnen dafür Ersatzmittel zu liefern. Man sollte nun nicht auch noch bezüglich der Butterration hinter anderen Städten zurückstehen.

An Staatssteuern und Abgaben gingen im Monat April beim hiesigen Steueramt ein: Einkommensteuer 27 537,98 Mk., Wertzuwachssteuer 302,— Mk., Grundsteuer 23 702,84 Mk., Erbschaftssteuer einschl. Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichserbschaftssteuer 841,— Mk., Veräußerungsabgabe 66 790,41 Mk., Stempelabgabe 8 256,50 Mk., Vermögenssteuer 4,89 Mk., zusammen 127 435,62 Mk. gegen 86 786,52 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres; mithin eine Mehreinnahme von 40 649,10 Mk., die durch die Veräußerungsabgabe erbracht wurde.

Eine Warnung. Das Polizeiamt macht bekannt: Das Kommando der Kraftfahr-Ersatzabteilungen hat mitgeteilt, daß sich die Fälle mehren, in denen Kinder, oft mit tötlichem Ausgang, dadurch verletzt werden, daß sie sich an Kraftwagen oder deren Anhänger zum Mitfahren anhängen. Die Eltern werden daher ersucht, ihren Pflegebefohlenen das Anhängen an Kraftwagen und Anhängewagen wegen der damit verbundenen großen Gefahr auf das strengste zu untersagen. Es wird hierbei darauf hingewiesen, daß das Aufhocken auf Fuhrwerke, die sich in Fahrt befinden, auch nach §§ 73, 116 der Straßenpolizeiordnung strafbar ist.

Wegen Verkehrs mit Kriegsgefangenen bestraft. Wir erhalten diesen Bericht: Vor dem Schöffengericht hatte sich die Arbeiterin Erna Gr. wegen Verkehrs mit Kriegsgefangenen zu verantworten. Im Frühjahr d. Js. hatte sie sich, wie sie zugab, häufig zu später Stunde ein Stelldichein mit einem auf dem Hochofenwerk tätigen französischen Kriegsgefangenen gegeben. Bei einem solchen Zusammentreffen in früher Morgenstunde, etwa zwischen 5 und 6 Uhr wurden die beiden überrascht, und der Vorfall kam zur Anzeige. Obwohl die Angeklagte jede näheren Beziehungen abstreitet und der Kriegsgefangene, der der deutschen Sprache nicht mächtig war, eidlich alle näheren Beziehungen in Abrede nahm, schenkte doch das Gericht allein den Aussagen der beiden Arbeiter, die das Liebespaar überrascht hatten, Glauben und erkannte auf eine Gefängnisstrafe von einem Monat. — Carmens bekanntes Lied: „Die Liebe von Zigeunern stammt; fragt nicht nach Recht, Gesetz und Macht," wird auch durch den Krieg nicht aus der Welt geschafft. Daran werden auch harte Verurteilungen nichts ändern können.

Ferienwanderungen. Unter großer Beteiligung fanden in den Osterferien die ersten diesjährigen Wanderungen der Schüler und Schülerinnen statt. Trotz des ungünstigen Wetters nahmen 930 Kinder daran teil. Nach dem bisherigen Kartenverkauf wird auch die Teilnehmerzahl bei den Pfingstwanderungen recht hoch. Am Dienstag, dem 21. Mai, wird ein halbtägiger Ausflug nach Jahns-Eiche unternommen, bei der dann beliebte Waldspiele ausgeführt werden. Am Mittwoch, dem 22. Mai, fahren die Kinder mit dem Motorboot nach dem Ratzeburger See. Von der Kalkhütte aus wandern sie nach dem nahen, in friedlicher Einsamkeit gelegenen Mechower See. Die Rückfahrt erfolgt von Campow. Da nur eine beschränkte Anzahl Kinder mit dem Motorboot befördert werden kann, so ist es ratsam, sich rechtzeitig Karten zu besorgen. Wer aber keine mehr erhält, sei auf die in den Sommerferien stattfindende Fahrt nach Ratzeburg vertröstet.

Ueber die Wiederaufnahme des Handelsverkehrs von Finnland nach Lübeck wird dem „Hamb. Corr." von hier gemeldet: Nachdem, wie berichtet, zu Beginn der vorigen Woche der finnische Dampfer „Goole Trade" aus Finnland hier eingetroffen ist, um eine Ladung für Finnland einzunehmen, traf am Sonnabend abend als zweites Schiff der finnische Dampfer „Pollux" im hiesigen Hafen ein und weiter wird der finnische Dampfer „Lapponia" erwartet, der sich auf der Fahrt von Finnland nach hier befindet.

Ludendorff-Spende. Aus den Erwerbsgruppen, welche Mitarbeiter in den Ausschuß für die Ludendorff-Spende für Kriegsbeschädigte entsandten, kommen, wie man uns mitzuteilen ersucht, immer neue Zeichen, welche erkennen lassen, mit wie warmem Herzen danach gestrebt wird, der Sammlung zu einem vollen Erfolge zu verhelfen. Der Deutsche Kellner-Bund, Bezirksverein Lübeck, hat den Beschluß gefaßt, seine Mitglieder aufzufordern, daß ihnen am Sonntag, dem 2. Juni — also am ersten Tage der Opferwoche — zufließende Trinkgeld ungeschmälert der Ludendorff-Spende zuzuführen.

Moisling. Die öffentliche unentgeltliche Badeanstalt Moisling wird vom Mittwoch, dem 15. Mai ds Js. ab bis auf weiteres geöffnet a) für männliche Personen: an Sonn- und Feiertagen von morgens 6 Uhr bis nachmittags 1 Uhr, an Werktagen von morgens 6 Uhr bis mittags 12 Uhr und von 5 Uhr nachmittags bis zum Dunkelwerden; b) für weibliche Personen: an Werktagen von 2 bis 5 Uhr nachmittags.

Hamburg. Wo die Butter steckt. Die Behauptungen von Sachverständigen, daß bei richtiger Erfassung der Milch die Bevölkerung viel größere Butterrationen erhalten könne, als sie tatsächlich erhalte, sind bisher von keiner Stelle ernstlich widerlegt worden. Können es auch nicht, denn es ist ja offenes Geheimnis, daß man für 15, 20 Mk. und mehr Butter in Mengen bekommen kann. Diese Butter wird zumeist vom Schleichhandel aufgetrieben und die Bauern, die sich über allzustrenge Kontrolle ihrer Milchwirtschaft nicht beklagen können, verdienen ein schönes Stück Geld. Mag die Allgemeinheit auch darben, was geht es sie an und was kümmert es sie, wenn die Frauen und Kinder der Feldgrauen, die mit ihrem Blut und Leben auch der Bauern Hab und Gut verteidigen, in der Großstadt trocken Brot essen müssen, ja selbst das nicht ausreichend haben. Sie werden an der Butter reich und mit ihnen die Schleichhändler, die sie an zahlungskräftige Herrschaften absetzen. Wie unverschämt die Schleichhändler ihr Wesen treiben, geht wieder aus einer Meldung hervor, wonach die hiesige Polizei Berliner Aufkäufer ermittelte, die hier 20000 Pfund Butter gekauft hatten. Die Butter sollte nach Berlin geschafft werden, wurde aber kurz vor der Absendung beschlagnahmt. In dieser Angelegenheit wurden dann wegen Kettenhandel in Berlin verschiedene Beteiligte festgenommen, während hier die Kaufleute Streubel und Monier verhaftet wurden, die in die Sache verwickelt sind. Es wäre interessant, zu erfahren, wie diese enorme Buttermenge zusammengekommen ist, mit der ganz Hamburg eine halbe Woche auskommen muß.

Kiel. Daniel Rindfleisch, einer der tüchtigsten und tätigsten Parteigenossen Kiels ist nach langem Leiden in seinem Geburtsort Isny in Württemberg im Alter von 51 Jahren gestorben. Genosse Rindfleisch war seit 1899 Expedient der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung". Lange Zeit gehörte er dem Stadtverordnetenkollegium an, bis er vor einigen Jahren in den Magistrat als Stadtrat gewählt wurde. Auch hier hat er seine Kräfte stets für die Interessen der werktätigen Bevölkerung eingesetzt. Ehre seinem Andenken! — Der frühere Reichstagsabgeordnete für Kiel, Geheimrat Professor Dr. Hänel, ist am Sonntag, fast 85jährig, hier verstorben. Mit ihm scheidet ein Mann dahin, der nicht nur in der Geschichte Kiels, sondern auch der Schleswig-Holsteins, Preußens und des Deutschen Reiches eine hervorragende Rolle gespielt hat. Hänel, ein geborener Sachse, kam zur kritischen Stunde im Jahre 1863 nach Kiel. Hier wurde er einer der Wortführer der schleswig-holsteinischen Bewegung und ein Vorkämpfer für die Ansprüche des Herzogs Friedrich von Augustenburg. Als die holsteinischen Hoffnungen auf einen eigenen Staat unter der Wucht der Bismarckschen Realpolitik und den Ergebnissen des Krieges von 1864 zusammengebrochen waren, zog Hänel in das Preußische Abgeordnetenhaus und auch in den Norddeutschen Reichstag ein. Im Preußischen

Städteordnung, wie wir sie heute noch kennen, geschaffen, und zwar auf Grund einer Arbeit Hänels, die im wesentlichen wörtlich übernommen wurde. Bei der Spaltung der Freisinnigen Partei von der Richterschen Gruppe gesellte er sich der „Freisinnigen Vereinigung" zu. Er ist lange Jahre der Vertreter der Stadt Kiel gewesen und mit seiner Persönlichkeit für die hier um den Sitz mit der Sozialdemokratie ringenden Freisinnigen das letzte Bollwerk gebildet. Im Jahre 1911 wurde Hänel zum Ehrenbürger der Stadt erwählt. Er war, wenn man von seiner politischen Tätigkeit absieht, auch in anderen Richtungen ein bedeutsamer Mann. Feinsinnige Literaturinteressen ließen ihn literarische Geselligkeit pflegen und die Herausgabe der Werke seines Schwiegervaters Heinrich Laube betreiben.

Bremen. Kriegsfürsorge in Bremen. Bisher sind in Bremen für Kriegsmaßnahmen (Unterstützungen verschiedener Art) 56 Millionen Mark ausgegeben worden, für den Kleinstaat von noch nicht ganz 300 000 Einwohnern eine gewaltige Summe. Jetzt beantragt der Senat bei der Bürgerschaft eine neue Summe in Höhe von 16 Millionen Mark für diese Zwecke bereitzustellen. — Totenliste der Partei. In Bremen starb, 73 Jahre alt, Genosse Heinrich Schöttner, Maurer von Beruf, in den letzten Jahren Leiter einer Filialexpedition der „Bremer Bürgerzeitung". Er war ein treuer Anhänger der Partei, der schon unter dem Sozialistengesetz opferbereit für seine Ueberzeugung eintrat.

Gewerkschaftsbewegung.

75 Millionen Mark Lohnerhöhung. Der Holzarbeiterverband hat im Jahre 1917 um rund 22 000 Mitglieder zugenommen und zählte deren am Jahresschluß über 90 000. Abzüglich der Gefallenen und Wiederentlassenen stehen 93 500 Verbandsmitglieder unter Waffen. Der Kassenüberschuß des Jahres 1917 beträgt mehr als ¾ Millionen, und der Kassenbestand hat mit 7¾ Millionen die vor dem Krieg erreichte Höhe überschritten. An Unterstützungen hat der Verband während des Krieges über 10 Millionen Mark ausgezahlt, darunter 2 Millionen an die Familien der Kriegsteilnehmer. Aber wunderbarer als die günstigen Zahlen, die man ähnlich ja auch in anderen Verbänden findet, sind die Erfolge der Lohnkämpfe im Jahre 1917. An 1013 Lohnbewegungen waren 155 412 männliche und weibliche Arbeiter beteiligt; die meisten Lohnbewegungen verliefen ohne Streik, doch wurden auch 50 Angriffsstreiks und drei Abwehrstreiks geführt und eine Aussperrung durchgemacht. Der Erfolg der Bewegung betrug neben Arbeitszeitverkürzungen und Abwehr versuchter Verschlechterungen für 128 368 Arbeiter eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 11,74 Mark in der Woche. Die Lohnerhöhung, die erzielt wurde, beträgt insgesamt in der Woche anderthalb Millionen Mark oder, das Jahr zu 50 Wochen gerechnet, 75 Millionen, genau 75 319 650 Mark. Gestützt auf diese Zahlen kann der Holzarbeiterverband gewiß erfolgreich an die notwendige weitere Werbearbeit gehn.

Aus Nah und Fern.

Gestohlene Kirchenglocken. In Rokita, Sobowice und Bendkowice in Polen wurden die Kirchenglocken gestohlen. Bis zu der Wiedererlangung wurden der Pfarrer, die Mitglieder des Kirchenrates und angesehene Dorfbewohner verhaftet.

Unwetterschäden in Frankreich. Die „Vossen Nachrichten" melden, daß gewaltige Regengüsse seit mehreren Tagen in Südwestfrankreich niederfallen und fast sämtliche Flüsse aus den Ufern getreten sind, sowie daß durch die Ueberschwemmung von großen Strecken gewaltiger Schaden angerichtet wurde.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Konsumverein für Lübeck u. Umg.
e. G. m. b. H.

Als weiteres Opfer des Weltkrieges fiel unser Mitarbeiter, der Verkäufer

Ferd. Schlichting.

Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

2307 Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Lübeck.

Am 10. Mai starb unser Mitglied, der Schlosser

Herm. Lindemann
(Bezirk 6).

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 16. Mai, nachmittags 3 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.

Dem Weltkriege zum Opfer fiel unser Mitglied, der Klempner

Richard Maß.

Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren

2309) Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiterverband
Ortsverwaltung Lübeck.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege

Heinrich Haase
Hafenarbeiter,

im Alter von 70 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 17. Mai, nachmittags 1¾ Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.

Um rege Beteiligung ersucht

2314 Der Vorstand.

Morgenfrau oder -Mädchen gesucht. Frau Hellmann, 2299) Kronsforder Allee 35.

Brautpaar sucht zum 1. Juli **2-Zimmer-Wohnung** ev. Stube mit Küche. Angeb. unt. **W W** an die Exped. d. Bl. (2305

Guterhalt. Klappsportwagen zu kaufen gesucht. Angeb. unt. **S K 13** an die Exped. (2302

Bettstelle u. guterh. Matr. zu verkaufen.
2300) Georgstr. 15a, II.

Kaufe ausgekämmtes
Frauenhaar.
Zahle per Pfd. 7—10 Mk., je nach Qualität.
Chr. Blajeh, Friseur
Fackenburg. (2304
Reichsaufkaufstelle für in Beschlag genomm. Frauenhaar.

Wer liefert 5 Ztr. Grude frei Haus? Ang. unt. **H G 55** an die Exped. d. Bl. (2294

Verloren am Sonnt. ein gold. Armband (Kette m. Herz, And.) Bitte abzugeben (2297
Stitenstr. 7, I.

Verloren am 11. Mai ein **Brotkartenblock** (Nr. 1290). Abgeben gegen Belohnung.
2311) Obertrave 44, pt.

Familien-Aufnahmen empfiehlt (2296
Atelier Lubeca,
Breite Straße 13.

Glasscheiben aller Art off.
O. Tauchnitz, Glashandlg.,
Fleischhauerstr. 35. Fernr. 2808 (2295

Der neue Kriegs-Atlas
bedeutend erweitert, jetzt 66 Karten von allen Kriegsschauplätzen sowie von den neugebildeten Staaten im Osten ist wieder vorrätig.
Preis Mk. 1.50.
Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Ich bitte meine werte Kundschaft um Eintragung in die Kundenlisten. 2310
Otto Reining,
Schlachterei. Stockelsdorf.

Bitte meine werte Kundschaft um Eintragung in die Kundenliste. 2313
Emil Pries,
Schlachtermstr. Fackenburg.

Volksküche.
Am 2. Pfingsttage geschlossen.
2303) Der Vorstand.

Ferienwanderungen
Dienstag, den 21. Mai:
Jahn-Eiche (Spiele) . M. 0.10
Mittwoch, den 22. Mai:
Mechower See (Motorbootfahrt) . . . . . M. 0.60
Karten für Schüler u. Schülerinnen über 10 Jahre sind zu haben bei **E. Krüger,** Schulstraße 12a, **W. Rein,** Mühlenstr. 75, **K. Sahlmann,** Geverdesstr. 33, **O. Wessel,** Moislinger Allee 4a und beim Schulwärter Hüxstr. 69. (2306

Ordentliche
General-Versammlung
am Mittwoch, d. 22. Mai 1918,
abends 8½ Uhr,
im Bürgerverein, Kempfers Gesellschaftshaus, Königstr. 25.
Tagesordnung:
1. Genehmigung der Jahresrechnung und der Bilanz, sowie Festsetzung des Gewinnanteils der Genossen.
2. Wiederholter Antrag betr. Vertrag mit der Finanzbehörde.
3. Bericht des Verbandsrevisors.
4. Wahlen zum Vorstand und Aufsichtsrat.
5. Verschiedenes.

Die Bilanz, sowie die den Gewinn und Verlust des Jahres zusammenstellende Berechnung (Jahresrechnung) sind im Geschäftszimmer, Königstr. 48b, I, während der Geschäftsstunden zur Einsicht der Genossen ausgelegt.

Lübecker gemeinnütziger Bauverein
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Der Vorstand:
Charles Coleman, Vorsitzender,
Julius Hahn, Stellvertr. d. Vors.,
L. Langenheim, Kassenführer,
W. Schulmerich, Schriftführer,
J. Körner. (2293

Hansa-Theater.
Operetten-Gastspiel.
Heute zum letzten Male:
Ein Walzertraum.
Donnerstag, den 16. Mai:
Die tolle Komteß.

Hansa-Theater.
Operetten-Gastspiel.
Mittwoch, 15. Mai, abds. 8 Uhr: Ein Walzertraum.
Donnerstag, 16. Mai, ab. 8 Uhr: Die tolle Komteß.
Freitag, 17. Mai, abds. 8 Uhr: Die tolle Komteß.
Sonnabend, 18. Mai, ab. 8 Uhr: Die tolle Komteß.
Sonntag, 19. Mai (1. Pfingsttag) abends 8 Uhr: (2312
Die tolle Komteß.
Nachm. 3½ Uhr: **Fremd.-Vorst. Die tolle Komteß.**
Montag, 20. Mai (2. Pfingsttag) abends 8 Uhr: Zum erst. Male: **Neu! Liebe im Schnee. Neu!** Operette in 3 Akt. v. Benatzky.
Dienstag und folgende Tage: **Liebe im Schnee.**
Kartenverkauf ab heute an den bekannten Verkaufsstellen.

Pfingsten

Weiße Blusen
Sommer-Kleider
Wer sparen will – kauft sie vorteilhaft im
HOLSTENHAUS
G. M. B. H. HOLSTENSTRASSE 25/33. LÜBECK.

Entzückende Sommer-Blusen
aus duftigen Schleierstoffen, Seide u. gediegenen Waschstoffen

Jugendliche Bluse aus weißem Rips mit Marinekragen und Krawatte . . . 13.50
Moderne Bluse aus weißem Schleierstoff, mit reich bestücktem Vorderteil . 23.50
Elegante Tüll-Bluse elfenbeinfarbig, reich bestickt mit Knopfgarnitur 28.50
Elegante Bluse aus weißem, bestücktem Voile m. zartblau. Einsätzen gearb. 33.50
Elegante Bluse aus gesticktem Vollvoile mit kleidsam., groß. Stickereikrag. 37.50
Elegante Voile-Bluse entzückend mit Stickerei und Durchbrüchen gearbeitet . . 42.50
Elegante Seiden-Bluse jugendl., fesche Form a. Schapseidem. schwarz. Seidenbesatz 49.50
Elegante Seiden-Bluse aus weißer Merveilleux mit Stickerei u. gezogener Passe 54.00

Neue Sommer-Kleider
in aparter Machart, aus weißen oder hell und dunkel gemusterten Schleierstoffen, Musselin und Seide
Unsere Hauptpreislagen:
133.00 110.00 85.00 75.00 55.00

Sommer-Röcke

Weißer Frottee-Rock flotte jugendliche Form, mit neuartigem Gürtel 27.50
Moderner Kleiderrock aus gemustertem Schleierstoff mit großen markiert. Taschen 37.50
Eleganter Kleiderrock schwarz-weiß kariert, flotte Machart, m. Taschen u. Gürtel 48.00
Eleganter Kleiderrock aus schwarz-weiß od. blauweiß. schmal gestreift, Schleierstoff 65.00
Eleganter Kleiderrock schwarz, aus feinem gestreift. Seidenvoile 75.00
Eleganter Seidenrock schwarz, mit feinen weißen Linienkaros 98.50
Eleganter Seidenrock aus dunkelblauem Rohienne, flotte Form 125.00
Eleganter Kleiderrock aus schwarzem Wollkammgarn, mit Seidenbisen . . . 165.00

Kinder-Kleider :-: Kinder-Hüte
in reizenden kleidsamen Modellen sind reichlich am Lager vorhanden und vor allem zu Preisen die Ihnen Beifall finden werden — — —

Wir bitten um Ihren Besuch!

Ziegelei-Arbeiter
werden sofort eingestellt. (2301
Ziegelei Genin.

Täglich geöffnet
Heim-Aufnahmen :: Vergrößerungen
Photographisches Atelier (2291
L. Trautmann, Bad Schwartau,
Pfingsten beide Tage geöffnet.
von 8—7 Uhr.

Feldpostkartenbriefe
Buchhandlg. Fr. Meyer & Co.

Nr. 112
25. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Mittwoch,
den 15. Mai 1918

Die neuen Besitzsteuern.

Dem Haushaltsausschuß des Reichstages lag am Montag ein Antrag der Mehrheitsparteien vor, der neue Besitzsteuern fordert. Zunächst wird gefordert, **eine Kriegsabgabe vom Einkommen.** Jedes Einkommen von mindestens 20 000 Mk. soll einer besonderen einmaligen Abgabe unterworfen werden. Diese Abgabe beginnt mit 3 v. H. und steigt in der höchsten Stufe auf 20 v. H. Dann wird verlangt eine erhöhte Kriegsabgabe von der während des Krieges erzielten Einkommensvermehrung gegenüber dem in der Friedenszeit erzielten Einkommen. Die Steuersätze für die Einkommensvermehrung werden durchgestaffelt und beginnen mit 5 v. H. für die ersten 30 000 Mk. Mehreinkommen und schließen mit 50 v. H. als höchster Steuersatz. Außerdem wird gefordert eine Ergänzungsabgabe vom Vermögen, und zwar für alle Vermögen über 20 000 Mk. Diese Abgabe soll beginnen mit 1 v. Tausend für Vermögen bis 100 000 Mk. und schließt mit 3 v. T. bei den ganz großen Vermögen.

Die Sozialdemokraten haben dann ferner den Antrag gestellt, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den **Ausbau des Reichs-Erbschaftssteuergesetzes** in folgender Richtung zu bewirken geeignet ist:

1. **Einbeziehung der Erbschaften der direkten Abkömmlinge und Ehegatten** von einer Mindestgrenze an, unter Freilassung solcher Fälle, in denen der Tod des Erblassers mit der Erfüllung der Wehrpflicht zusammenhängt.
2. **Verschärfung der Steuersätze** und ihre stufenweise Steigerung nicht nur nach der Höhe der Erbschaft und dem Grade der Verwandtschaft, sondern auch nach der Höhe des Gesamtvermögens und nach der Kinderzahl des Erbenden.
3. **Einführung eines abgestuften Pflichtteils des Reiches** bei kleiner Kinderzahl oder Kinderlosigkeit des Erblassers.
4. **Einführung des Erbrechts des Reiches,** wenn die Erbschaft an entfernte Verwandte oder blutfremde Personen fallen würde.

Die von den Mehrheitsparteien gestellten neuen Steuern würden einen Gesamtbetrag von 1200 Millionen Mark bringen. Gegen diese Steuern wandte sich zunächst der preußische Finanzminister Hergt, der zwar bestritt, daß die Einzelstaaten dem Reiche Einnahmen aus direkten Steuerquellen vorenthalten wollen, aber doch immer wieder darauf zurückkam, daß mit diesem Steuersystem **die Finanzwirtschaft der Einzelstaaten in Unordnung geraten müsse.** Den Einwand, daß die Engländer eine weiteingreifendere Kriegssteuergesetzgebung haben, beantwortete der preußische Minister mit der Bemerkung, daß wir gar keinen Anlaß hätten, den Engländern alles nachzumachen. Außerdem stände in Preußen eine stärkere Belastung der Vermögen ganz unmittelbar bevor. Die Vorschläge, die von den Mehrheitsparteien gemacht werden, bedeuten nicht eine Verständigung mit den Bundesstaaten, sondern — **einen Bruch des Burgfriedens.**

Abg. Stresemann wandte sich gegen den preußische Finanzminister und bezeichnete es als eine **Pflicht der besitzenden Klassen,** mehr als bisher zu den Lasten des Krieges beizutragen.

Abg. Gröber begründete sodann eingehend den Kompromißantrag. Er wies insbesondere darauf hin, daß in der Verfassung mit keinem Worte gesagt ist, daß das Reich keine direkten Steuern erhalten dürfe. Die Truppen kämpften auch für die Erhaltung des Besitzstandes der Einzelstaaten und deshalb sollten die einzelstaatlichen Finanzminister mit ihrem Widerspruch etwas zurückhaltender sein. Das Ideal wäre, daß man dahin komme, eine große, einheitliche Steuer zu schaffen, die dann prozentual auf Reich, Staat und Gemeinde je nach dem Bedarf, verteilt werden könnte.

Abg. Keil begründet dann den Antrag der Sozialdemokraten und stellt fest, daß es immerhin ein Fortschritt sei, daß heute Zentrum und Nationalliberale ohne weiteres für direkte Reichssteuern eintreten. Es sei sehr bezeichnend, daß man in unserer ganzen Kriegssteuerpolitik noch nicht Hand an die Erbschaftssteuer gelegt habe, deren Ausbau nicht nur ein dringendes Erfordernis sei, sondern gleichzeitig einen Akt ausgleichender Gerechtigkeit darstelle. Der Staatssekretär Graf Roedern habe im Reichstage Angaben gemacht, die durchaus nicht zutreffen, denn in Wirklichkeit bringen die indirekten Steuern, wie Kohlensteuer usw. bedeutend mehr ein, als der Staatssekretär im Reichstag mitgeteilt habe. **Gegenübere einer dauernden Belastung des Volkes mit 5½ Milliarden steht nur eine einmalige Belastung des Besitzes mit 5,7 Milliarden Mark.** Das Volk sei außerdem geschädigt worden durch die Papierwirtschaft, denn dadurch seien die Preise stark in die Höhe gegangen, so daß das Volk auf diese Weise Milliarden opfern muß.

Staatssekretär Graf Roedern trat den Ausführungen des Verredners entgegen und wollte vor allen Dingen festgestellt wissen, daß seine Angaben im Plenum mit den Tatsachen übereinstimmen.

Der württembergische Finanzminister hielt dann eine einstündige Rede, in der er eingehend die Organisation des Staatswesens in Württemberg auseinandersetzte, um sich dann am Schlusse gegen die vorgeschlagenen neuen Reichssteuern zu wenden.

Die Beratungen werden am Dienstag fortgesetzt.

Die Unabhängigen haben beantragt, einen Gesetzentwurf vorzulegen über eine **Vermögensabgabe zur Abbürdung der Reichsschuld.** Sie verlangen, daß unter Freilassung der kleinen Vermögen stufenweise bis zu 50 v. H. von den Vermögen weggenommen werden soll.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein glänzender Sieg der Sozialdemokratie.

Die Reichstagsersatzwahl in Zwickau, deren Resultat wir gestern bereits mitteilen konnten, stellt einen glänzenden Sieg der Sozialdemokratie dar. **An der Wahl des Genossen Meier im ersten Wahlgange dürfte nicht mehr zu zweifeln sein.** Das Resultat zeigt den Zusammenbruch der Unabhängigen auch in diesem Kreise, in dem die „Leipziger Volkszeitung" so gewissenlos gearbeitet hat und in dem sich die Unabhängigen auf den bisherigen Vertreter berufen konnten. Ein paar tausend Wähler gaben unter dem Druck der Kriegsnöte und den tausend Widerwärtigkeiten unserer Zeit ihre Stimme dem scheinbar radikalsten Bewerber, auch sie werden in normalen Zeiten den Weg zur Gesamtpartei zurückfinden. Es gibt keinen Kreis in Deutschland, in dem die Unabhängigen Aussicht auf den Sieg haben.

Rechnet man aber die beiden für sozialdemokratische Kandidaten abgegebenen Stimmenzahlen zusammen, dann stehen **17 500 sozialistische Stimmen gegen 6200 bürgerliche.** Es hat also schon jetzt eine gewaltige Radikalisierung der Wähler stattgefunden, denn die sozialistische Stimmenzahl ist dreimal so groß als die bürgerliche. 1912 standen noch 17 000 bürgerliche Wähler gegen 27 000 sozialdemokratische. Diese Entwickelung nach links wird mit dem Kriege und nach dem Kriege noch rascher vor sich gehen — und auch König Heydebrand im preußischen Abgeordnetenhause wird sie nicht hindern.

Kugellager oder Granatlager?

Zu der Anfrage des Abgeordneten Südekum (Soz.) im Reichstage betreffs der Beteiligung der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken an einer amerikanischen Gesellschaft in Philadelphia teilt die Verwaltung mit, daß es sich um eine Beteiligung an einer amerikanischen Kugellagerfabrik handelt, welche Handelsartikel, speziell Kugellager für Maschinenbau, fabriziert und nicht um eine Waffenfabrik. Die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken waren an dieser amerikanischen Gesellschaft bereits seit dem Jahre 1911 beteiligt und haben die Verbindung bei Kriegsbeginn sofort gelöst.

Soweit die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik. Warum erklärte aber der Vorsitzende des Aufsichtsrats, der Geh. Kommerzienrat Arnhold in der ordentlichen Generalversammlung: „Die Beteiligung an einer großen Waffenfabrik in Philadelphia ist kurz vor dem Eintritt Amerikas in den Krieg verkauft worden." Eine Fabrik, die Kugellager herstellt, pflegt man doch im Deutschen nicht als eine große Waffenfabrik zu bezeichnen — oder aber es müßte sich um Lager von Gewehrkugeln und Granaten handeln!

Zedlitz' Nachfolger.

Die freikonservative Partei des Abgeordnetenhauses hat einstimmig an Stelle des Freiherrn v. Zedlitz und Neukirch den Abgeordneten Lüdicke-Spandau zum Vorsitzenden gewählt. Mit Lüdicke gelang die radikal-konservative Tonart in der freikonservativen Partei zur Geltung. Der neue Vorsitzende hat sich während der Debatten über die Verfassungsvorlagen als besonders hartnäckiger geschworener Gegner des gleichen Wahlrechtes hervorgetan und auch den Kompromißbestrebungen des Zentrums und der Nationalliberalen gegenüber nur wenig Entgegenkommen gezeigt.

Die Front über den Grafen Spee.

Das Bild ist uns noch gegenwärtig: Zu Beginn der zweiten Lesung der Wahlrechtsvorlage am letzten Apriltage erschien der Zentrumsabgeordnete Graf Spee im Preußischen Abgeordnetenhause, erzählte dem hohen Hause ein Langes und Breites „von der Front" und der dort herrschenden „kraftvollen Kampfstimmung" und beantragte, die Beratung der Vorlage bis nach dem Kriege zu vertagen. Aeußerlich betrachtet, machte sein Auftreten ganz den Eindruck, als ob der Zentrumsgraf der Abgesandte einer großen Wahlrechtsversammlung aller Preußen der Westfront sei, die sich einhellig dahin schlüssig geworden sei, von einem gleichen Wahlrecht während des Krieges nicht beglückt werden zu wollen.

Wie die Aktion des schwarzen Grafen in der Heimat bewertet worden ist, darüber wissen wir Bescheid. Wie sich aber die Leute an der Front, in deren Sinne oder womöglich gar in deren Auftrag zu reden, der Herr Graf sich den Anschein geben wollte, zu ihrem „Mandatar" stellen, geht aus einem Brief hervor, der, was bei Herr v. Spee nicht der Fall war, wirklich von der Front kommt. Er kommt von einem Manne, der seit Beginn des Krieges Frontdienst tut (was Herr v. Spee nicht tut!) ist an einen Parteiredakteur gerichtet und lautet in den entscheidenden Stellen:

Im Felde, den 4. Mai 1918.

Mein lieber Freund und Genosse!

Es wird Dich wundern, jetzt schon wieder einen Brief von mir zu erhalten. Aber die Berichte über die Landtagssitzungen in Nr. 665 und 666 verleiten mich dazu. Vor allem der Antrag des Grafen Spee über Vertagung des Wahlrechtsantrages. Ueber seine Begründung muß man wirklich lachen, zumal ich den Herrn persönlich kennen gelernt habe. Er ist nämlich bei unserem Divisionsstab und etwa 20—25 Kilometer hinter der Front. Wie kann der Mann, der keinen Schützengraben gesehen hat, denn behaupten, er müßte über die Wahlrechts-Ansichten der Frontkämpfer Bescheid? Wenn er richtig informiert wäre, dann hätte er am 30. April erklären müssen, daß die Leute an der Front die Wahlrechtsverhandlungen mit womöglich größerer Spannung verfolgen als die Genossen daheim. In politischer Hinsicht stehen wohl neun Zehntel der ganzen Front, zum Teil Offiziere nicht ausgeschlossen, **auf dem Boden des gleichen, allgemeinen, geheimen Wahlrechts für Preußen und die anderen Bundesstaaten, deren Angehörige ihre Pflicht nicht minder getan haben.** Die Ausführungen des Grafen Spee zeigen also vollständige Unkenntnis der Stimmung an der Front. Spee behauptet das genaue Gegenteil. Na, hoffentlich ist es auch uns vergönnt, noch mal die Heimat wieder zu sehen! Dann werden die Frontsoldaten dem Grafen Spee schon zeigen, welches Verlangen gestellt wird. . . . .

Diethelm von Buchenberg.

Eine Schwarzwälder Dorfgeschichte von Berthold Auerbach.

24. Fortsetzung.

„Soll ich den Hund hier behalten?" fragte der junge Kübler den abgewendet Sprechenden.

Diethelm schüttelte den Kopf verneinend, dann wendete er sich um und sagte in heiterem Tone: „Dein' Braut ist vor ein paar Tagen noch bei mir gewesen, ihr könnt euch drauf verlassen, daß ich euch auf den Tag hin, wie's versprochen ist, Hochzeit mache, und Gevatter bin ich auch; dann wollen wir lustig sein, daß die Stern' am Himmel zittern; der Vergeltstag bleibt nicht lange aus."

Der Landjäger verbot eben Diethelm jedes weitere Reden, als der Gefangenwärter eintrat mit der Kunde, daß alles bereit sei. Diethelm erzitterte jetzt vor Wut, als man ihm alles aus den Taschen nahm, als man ihm das Halstuch abnahm und sogar die Hosenträger abnestelte; dieses letzte geschah aus dem doppelten Grunde, damit der Gefangene nichts habe, um sich dran zu erhängen, und bei einem etwaigen Fluchtversuch durch die Nötigung, die Hosen in der Hand aufzuhalten, gehindert sei. Eine Minute lächelte Diethelm über diese Vorkehrungen, bald aber ward er des grausamen Ernstes bewußt, und mühsam schleppte er sich die Treppe hinan nach seiner Zelle; der junge Kübler trug ihm noch mitleidig seinen Mantel nach. Erst als ihn der Landjäger verließ, sagte er: „Ihr kennt mich wohl nicht. Ich bin von Grubenau bei Letzweiler gebürtig. Meinen Vater hat man den Schreinerhannesle geheißen, er ist ein guter Freund von Eurem Vater gewesen. Ich hab' viel von Euch und Euren Guttaten gehört, wie ich noch klein gewesen bin. Nun b'hüt Gott. Ich wünsch' alles Gute."

Diese Mitteilung des Landjägers machte einen eigenen Eindruck auf Diethelm; daß der Mensch sich gedrungen fühlte, sich ihm zu erkennen zu geben, und daß er von seinem Ruhme sprach, wie traf das jetzt das Herz des Gefangenen!

Diethelm war nun allein. Er hatte sich vor niemand mehr zu verstellen. Auf dem Stuhl vor dem Ofen saß er, und es war ihm, als müßte sein Körper in Stücke zerfallen. In dem Ofen brummte das Feuer, manchmal knallte ein Fichtenast und zischte langsam ein grünes Scheit. Diethelm fühlte, wie ihm alles Blut im Herzen zusammengerann, aber Wärme verspürte er nicht, kalt, unendlich kalt war es ihm; er hüllte sich in seinen Mantel und wickelte sich in die wollene Decke, die auf der Pritsche lag, immer war es ihm, als ob er in der so wohlverschlossenen Zelle mitten in einem Luftzuge stehe, und plötzlich fuhr er wie emporgeschnellt auf, die Wände dröhnten und schmetterten, zitternder Drommetenklang umrauschte ihn von allen Seiten. Erst nach geraumer Weile besann er sich, daß die Stadtzinkenisten den Abendchoral bliesen, die Trompeten und Posaunen schienen gerade nach seiner Zelle gerichtet, so unmittelbar, so gradaus strömten die Töne in dieselbe, und vor allem stand jener Tag wieder vor Diethelm, an dem er sich zum unmäßigen Einkauf verleiten ließ.

Was war seitdem aus ihm geworden! Ein Mordbrenner! Diethelm hielt sich die zitternde Hand vor den schnell atmenden Mund, daß er das Wort nicht laut ausrufe. Er warf sich auf die Knie, und ein heftiger Tränenstrom entlud sich aus seinen Augen, er fühlte seine Wangen glühen, und plötzlich wurde es ihm warm. Mit dem Antlitz auf dem Boden liegend, sprach es in ihm, daß er alles bekennen müsse, und er streckte sich weit aus, bereit, den Todesstreich zu empfangen, zu sterben . . . Er weinte aufs neue um sein verlorenes Leben; über ihm tönte der wehklagende Grabgesang, ein schriller Drommetenton verwandelte sich in die Klagestimme seiner Martha und ein anderer in die seiner Fränz . . . Und die sind verloren auf ewig, und du wirst nicht gleich getötet, du mußt wochen- und monatelang, ja vielleicht deine ganze Lebenszeit auf deinen schandvollen Tod warten. Mußt du das ertragen in Gefangenschaft und Elend, warum kannst du es nicht auch in Freiheit und Ehre? . . . Diethelm richtete sich auf, und als jetzt von einer anderen Turmseite der Choral erscholl, sang er die Töne laut mit, und seine Stimme tönte so voll, fast wie Posaunenschall. Er sang so laut am Fenster, daß er nicht hörte, wie das Schloß hinter ihm knarte, die Tür sich öffnete und der Gefangenwärter eintrat, ihn zum Verhör abzuholen.

Um dieselbe Zeit war Martha in der Stadt angekommen. Sie ging mit fest zusammengepreßtem Munde und tränenlosem Auge umher, das Schicksal ihres Mannes, der Tod ihrer Tochter, der sie nun nicht einmal eine eisige Scholle auf die Bahre werfen konnte, der gräßliche Tod des treuen Knechtes, das Verbrennen des Hauses, in dem sie so viele Jahre Freud und Leid verlebt, alles das bestürmte ihr Herz und machte sie dumpf und verwirrt. Ihrer Bitte, auch eingesperrt zu werden, hatte man nicht willfahrt, und sie lief wie ein verirrtes, verstoßenes Bettelkind in den Straßen umher, als müßte sie jemand finden, der ihr den Weg aus dem Wirrwarr heimwärts zeigte. Es dämmerte, in den Häusern wurden da und dort Lichter angezündet. Ach! Da wohnen überall Menschen, die daheim sind und wissen, wen sie haben. Martha fuhr vor Schreck zusammen, denn es sprang etwas an ihr herauf, sie erkannte bald den vor Freude bellenden Paßauf.

Ach, du bist's," sagte sie, den Hund streichelnd, „gelt, armes Tierle, es geht dir auch wie mir, du weißt auch nimmer, wo du hingehörst. Bleib nur bei mir, komm mit, wir gehen zum Meister."

Eben als Martha an der Post vorüberging, kam der Eilwagen unter hellen Posthorntönen angefahren. Was hat nur der Hund, daß er eine aussteigende verhüllte Gestalt anspringt und dann nur Freudenbellen zwischen der Gestalt und Martha hin und wieder rennt? Wäre dort vielleicht der tot geglaubte Medard, der von seiner Flucht zurückgekehrt? Martha fühlte, wie ihr die Haare sich emporsträubten, und wie ihr die Knie fast brechen wollten. Mit wankenden Schritten ging sie auf den Posthof zu, sie hörte den Schaffner sagen: „Ich will Ihnen gleich ein Fuhrwerk nach Buchenberg verschaffen." Sie näherte sich der verhüllten Gestalt.

„Mutter!" rief es ihr entgegen.

„Da bist's Fränz?"

Und mit wehklagendem und doch freudigem Schmerzensausruf lagen Mutter und Tochter sich in den Armen. Jetzt erst konnte Martha weinen. Fränz erholte sich rasch wieder, und wenn auch schmerzvollen Klanges, sagte sie doch mit fester Stimme: „Mutter! Gottlob, gottlob und Dank, daß ich Euch hab'. Mutter, ich möcht' Euch Abbitte tun für alles; ich hab' erfahren, was fremde Menschen sind, und da schwör' ich's unter freiem Himmel, nie, nie, solange Euch ein Aug' offen steht, verlaß ich Euch. Jetzt laßt mich nur Eure Hand küssen. Ich kann alles wieder gutmachen an Euch und am Vater. Ach Gott, wie geht's ihm denn?"

Martha schwieg.

„Ist er verbrannt?" schrie Fränz so grell, daß selbst ein losgespanntes Pferd, das an ihr vorbei wollte, rückwärts wich.

Martha schüttelte den Kopf, und erst mit schwerem Atem konnte sie die Worte hervorbringen: „Er sitzt im Kriminal."

Die Postmeisterin, die Fränz noch vom Markte her kannte, zog dieselbe in das Haus, und hier erfuhr sie nun alles. Fränz küßte aber- und abermals die Hände der Mutter, dann legte sie ihre heiße Wange an die eingefallene, kalte Wange der Mutter und sagte: „Ach Gott, wenn ich nur mein warmes, junges Blut da in Euch hinübergießen könnt'. Kommt nur jetzt gleich, wir müssen sehen, daß wir den Vater sprechen können."

Martha erklärte, daß sie nicht mehr gehen könne, ihr seien die Beine wie abgehackt, vom Totenbette des Kindes weg in solch ein Elend hinein, das sei zu viel. Fränz befahl schnell einen warmen Wein für die Mutter, sie lief in raschen Schritten im Zimmer hin und her, das dauerte ihr viel zu lange, bis das Befohlene kam; sie wollte selber hinab und das Angeordnete bereiten, sie verständen das hier nicht; aber die Mutter bat, sie nicht zu verlassen, sie könne nicht mehr allein sein. Plötzlich kniete Fränz vor der Mutter nieder und sah nach, ob sie warme Füße habe; sie sprang rasch auf, als sie fühlte, wie dieselben eisstarr waren, sie klingelte nach Branntwein, „aber rasch, rasch!" befahl sie, und es war ihr eine innige Buße, als sie nun der Mutter die Füße wusch und rieb. Die Mutter ließ alles mit sich geschehen wie ein Kind; sie schlürfte dann den warmen Wein, den ihr Fränz an den Mund hielt, und mit schmerzlichem Lächeln sagte sie nach jedem Schluck: „Ah, das tut gut. Versuch's nur auch, Fränz."

(Fortsetzung folgt.)

Nr. 20 | 25. Jahrgang

Unterhaltungsblatt

Mittwoch, 15. Mai 1918

Milchochsen.

Von Knüppelfix (zurzeit im Felde).

Milchochsen? Gibt es, meine Herrschaften, gibt es! Oder vielmehr, gab es.

Schuld daran war der Armierungsgefreite Mögerle. Er stand bei einem Wirtschaftskommando irgendwo in der Etappe. Fabriken, Bauten und so. Als Schreiber war er da. Der Mögerle ist ein schlapper Hund, und im Zivilleben auch noch Handlungsreisender. Bitte — so sagt sein Herr Feldwebel, der weiß es bestimmt. Feldwebel wissen immer alles bestimmt. Aber der Mögerle hat eine gute Handschrift. Wie gestochen! Deshalb saß er auf der Schreibstube jenes kleinen Kommandos. Dieses bestand aus fünfzig Mann, und sein Führer war der Herr Leutnant Schreckbring.

Eigentlich waren es ja zwei Kühe. Aber nachdem der Mögerle diese Tiere von weitem durch die Fenster der Schreibstube gesehen hatte, trug er sie in's Register als Ochsen ein.

Diese Materialbestandsliste des Kommandos war ein ziemlich langer Zettel, auf welchem neben den Ochsen Werkzeuge, Wagen und Geräte verzeichnet standen: sie wurde am nämlichen Abend zum Abschluß gebracht, vom Herrn Leutnant unterschrieben und ging dann gleich an die obere Behörde weiter. Der Mögerle brachte die Liste seinem Leutnant einfach zur Unterschrift auf die Baustelle. Da unterschrieb dieser halt. Erstens weil er sich auf den Mögerle als Mann von gehobener Lebensstellung verlassen konnte und er ihn zuerst gefragt hatte, ob alles stimme; zweitens weil man in einem so großen Geschäft nicht jeder Kleinigkeit selber nachlaufen kann. Fünfzig Mann sind ein großes Geschäft, und Schreckbring war fürs Großzügige. Denn er war in Friedenszeit Zivilingenieur. Ingenieure sind immer großzügig. Der Traum des Bescheidensten ist es, ein Loch durch die Erde zu bohren.

Mit einem Befehl ging die Sache eigentlich an. Die Abteilung hatte den Auftrag erhalten, auch Landwirtschaft zu treiben und Nutztiere zu ziehen. Weil das Kommando ein ständiges sei und die Grundbedingungen, Gärten und Felder, zur Genüge vorhanden wären. Man sandte also den Armierungssoldaten Dickedackl, seines Zivilzeichens ein ehrsames Kuhbäuerlein, nach der Ferme „Maria musette“, um die Nutztiere zu holen. Zurückgekehrt, betrat er die Schreibstube und meldete, daß die Viecher jetzt da seien.

Er sagte „Viecher“, wirklich und wahrhaftig. Wenn da der Gefreite Mögerle einen flüchtigen Blick durch's Fenster warf und dann zwei Ochsen in die Liste eintrug, wer kann es ihm verdenken?

Hätte der Dickedackl sich nur genauer ausgedrückt! Wiederum wußte der Praktiker Dickedackl nicht, daß die Kühe auf dem Papier durch den Theoretiker Mögerle zu Ochsen geworden seien. So wenig wie der Mögerle wußte, daß die Ochsen in der Praxis eigentlich Kühe waren.

Die Sache nahm also von März ab ihren Verlauf.

Plötzlich standen im Quartier Dickedackls einige Melkeimer, ein Butterfaß und so verschiedenes anderes. Woher? Nun, woher wird ein tüchtiger Soldat in der Etappe kriegen, was er haben muß! Daß jene Sachen immer in einer besonderen Kammer neben dem Stall sorgfältig eingeschlossen wurden, das kann man niemandem übelnehmen.

Neben dem Stall war der Garten. Da wurde fleißig gepflanzt: Tomaten, Kohlrabi, Spinat und feine Salate, Radieschen und Sellerie und manch anderes zarte Gemüschen, nebst Beerensträuchern. Zwei Mann hatten ständig Arbeit mit Pflanzen, Hacken und Gießen.

Brummeisen, der Bursche des Leutnants Schreckbring — er war in Friedenszeiten Berufskoch und Konditor —, sorgte für die Ernte. Junge Gemüse in Butter schmecken besonders fein, wenn man mit letzterer nicht sehr zu sparen braucht. Fleisch in Butter gebraten ist auch besser, wie wenn man es nur kocht. Ein kleiner Kuchen mit Erdbeerauflage als Dessert versetzt in behagliche Stimmung nach Tisch.

Herrgott, das waren Zeiten! Ueber Sommer bis in den Herbst hinein. Als die Schweine fett genug waren, kriegten auch die Mannschaften gelegentlich abgebutterte Milch. Sie gediehen aber nicht sonderlich, weil sie sich zuviel Bewegung machten.

So wickelte sich eine Zeit engelhaften Friedens in den oberen Schichten des Kommandos ab und hätte noch lange so bleiben können, wenn nicht das Verhängnis, wie eine böse Kreuzspinne vor der Fliege, in Gestalt des mageren Armierungssoldaten Leimbühler irgendwo im Hintergrunde gelauert hätte.

Dieser hämische boshafte Mensch, welcher das schönste gekochte Kraut als Drahtverhau und die feinsten Graupen als blauer Heinrich bezeichnete, dieser Mensch, der nicht einmal Parademarsch gelernt hatte, kam eines Tages auf die Schreibstube, um dortselbst den Ofen in Ordnung zu bringen. Hierbei geriet ihm die Bestandsliste zwischen die Finger. Er stieß einen leisen Pfiff zwischen den Zähnen hervor, zog die Nase in Falten und sagte gar nichts. Denn Armierungssoldaten haben gar nichts zu sagen.

In den nächsten Tagen aber wurde allmählich leise, dann laut und unendlich schmetternd auf dem Heimmarsch in geschlossener Formation ein komisch-seltsames Liedlein gesungen:

Muh, muh, muh,
ein Ochs ist keine Kuh!
Und wenn er eine Kuh doch ist,
wer wär's, der dann die Butter frißt:
Muh, muh, muh,
ein Ochs ist keine Kuh!

Es grinsten die Mannschaften vom Gefreiten aufwärts offen und die Korporale heimlich. Der Dickedackl freute sich, der Brummeisen und der Mögerle ärgerten sich ebenfalls.

Aber alles half nichts.

Muh, muh, muh —

sang es in den Quartieren bei breitem Gelächter.

Muh, muh, muh —

summten die Korporale auf ihren Buden, hinüber einander zwinkernd zu und schlugen sich, vor Lachen herausplatzend, auf die Schenkel, daß es nur so klatschte. —

Wie es kam, weiß keiner. War's das Liedchen, war's jemand anders oder war's Zufall: Eines Tages hielt das Auto des Stabes vor der Kanzlei und ihm entstieg der Herr Hauptmann Grabaus. Hauptmann Grabaus z. b. V.

Z. b. V. heißt: zur besonderen Verwendung. Die Mannschaften behaupten, es hieße: zur besseren Verpflegung. Also der Herr Hauptmann stieg aus, trat in die Kanzlei, erklärte, zur Inspektion des Kommandos gesandt zu sein, und ließ sich die Bestandes- nebst Materiallisten geben. Mit diesen Listen ging er dann durch die Arbeitsstellen, Depots und Höfe, um da und dort Stichproben zu machen.

Inspektionen sind nirgends beliebt. Im günstigsten Falle ist ein göttliches „Danke!“ am Schluß alles, was dabei für den Kommandoführer herauskommt. Ausstellungen gibt es immer, wenn sie auch meistens wie gebrannte Mandeln, mit Zucker überkandiert, gegeben werden.

Zuletzt kam der Herr Hauptmann in den Stall. Hauptleute haben immer einen scharfen Blick. Hauptleute z. b. V. einen doppelt scharfen, und wenn sie noch dazu Inspektionsoffiziere sind, einen dreigedoppelten Blick.

So schritt das Verhängnis seinen Gang weiter.

Der Dickedackl stand mit seinem dümmsten Gesicht unter der Stalltür und meldete: „Stall des Kommandos. Ein Armierungssoldat, zwei Schweine anwesend, zwei Stück Hornvieh auf der Weide.“

Das war keine Falschmeldung, denn Kühe sind doch Hornvieh, so gut wie Ochsen ebenfalls Hornviecher sind.

Aber so ein Hauptmann mit dem dreigedoppelten Blick kommt auf alles. Er sah zuerst in die Liste auf jene Stelle, wo das Wort „Ochsen“ stand und dahinter eine 2. Dann befahl er, die verschlossene Kammer neben dem Stall zu öffnen. Der Dickedackl aber fand den Schlüssel nicht gleich. Da schrie der Herr Hauptmann ein klein wenig, und sofort fand sich der Vermißte an einem Haken hinter der Stalltür.

„Ha, Milchochsen!“ entfuhr es dem Gehege der Inspektionszähne angesichts der vollen Milcheimer, des Butterfasses und einiger schöner goldgelber, auf Tellern liegender Klumpen.

Was weiter in der Kammer geschah, weiß niemand. Darüber könnte höchstens noch der Mögerle Auskunft erteilen. Auch der schweigt. Schweigt wie ein Grab. Der Dickedackl schweigt ebenfalls.

Der Brummeisen aber fuhr wenige Tage später einen Handkarren mit Offizierskoffern zur Bahn und erzählte einem guten Bekannten unterwegs, daß dem Herrn Leutnant Schreckbring eine klimatische Veränderung not tue. Von wem dieselbe angeordnet war, darüber allerdings konnte Brummeisen keine Auskunft geben.

Ich vermute aber vom Herrn — Oberstleutnant!

Muh, muh, muh!

Mädchen.

Es ist auch wie im Märchen. Die draußen im Felde stehen im wüsten Kriegshandwerk, oder im Krankensaale liegen. Männer unter Männern, holde Schönheit nur in der Erinnerung, werden zumeisten, wenn sie an Frauen denken und an liebe Mädchen, in wunderzarte Träume eingewiegt. Sie: das weibliche Geschlecht, steht vor ihrem geistigen Auge und ihrer Sehnsucht wie eine Wunderblume, die ihre Mannessinne ganz gefangen nimmt. Himmelblau und rosafarben ist alle Erinnerung, die um das weibliche Wesen streift, und was sie denken, ist lieblich und voll stiller, köstlicher Freude. Ueber diesen traumvollen Gemütszustand plaudert recht hübsch der Soldat Willy Werner im „Champagne-Kamerad“, der Feldzeitung der 3. Armee. Er schreibt:

Nicht wahr? Fünf Monate ist eine lange Zeit, wenn man sie im Lazarett lebt und meistens im Bett liegt, zuweilen im Fieber.

... Und da ist diese Mädchen-Sehnsucht gekommen. Erst ganz leise, so leise, wie in ein reines Mädchenherz die Liebe kommt, aber dann ist sie immer stärker geworden ...

... Wenn ich so in meinem weißen Bette liege im Saal unter 40 Soldaten, die alle diese harten Männerstimmen haben, dann ist es so schön, an eine ganz weiche Mädchenstimme zu denken. Die Soldaten sprechen tief, und was sie sprechen, ist hart: „... Da im Pierre-Vaast-Wald, am 22. September, wenn unser Maschinengewehr nicht so gut ...“ oder: „... bis an den französischen Posten waren wir schon heran, da warf der die Handgranate ...“ oder sie reden von Sturm oder Tanks oder Richthofen oder Brest-Litowsk ...

Aber so eine goldreine Mädchenstimme, die kann ganz anders reden, die kann ja so unendlich fein fein und kann sagen: „... Du ... ich hab' dich so lieb ...“ Es ist gar nicht zu beschreiben, wie sie das sagen kann. —

Mädchen sind ganz anders als wir: ihre Haut ist samtweich, die Gesichter sind fein, und sie können lächeln wie ein Maitag.

... Wenn ich solche Gedanken habe, sehe ich aus dem Fenster und weiß, daß da draußen die Mädchen sind, und wenn ich dann so deutlich an die zierlichen Gestalten denke, dann meine ich, die lieben Mädchen da draußen müßten mich alle auch in ihren Gedanken haben und müßten ebenso die weißen Wolken am Himmel sehen und lieb haben wie ich. Aber da draußen haben die Menschen alle schrecklich viel zu tun und haben gar keine Zeit, an mich zu denken ... Wie die Mädchen so gehen! ... Ist es nicht, als liebkosen sie dabei die Erde?

Man muß in lauten Soldatenschuhen mit genagelten Sohlen gegangen sein, um zu fühlen, wie schön der Gang eines Mädchens ist ... Und dann duften die Haare der Mädchen so ... Diesen Duft tausche ich ja gegen keinen Wohlgeruch der Erde ein! — Wenn ich nur einmal in eine lange volle Flut blonden Mädchenhaares mein Gesicht graben könnte. Ich halte den Atem an, wenn ich daran denke ...

... Aber die Mädchenaugen sind so schön ... Ich habe einmal ein Paar braune Mädchenaugen gesehen, die waren so lieb wie ein Waldmärchen und konnten lachen; dann waren sie ganz voll Glanz, und das war so schön, als wenn durch grüne Bäume ein Sonnenstrahl auf frisches Moos fällt. Einmal, als ich dem Mädchen sagte: „Ich bin so froh, daß ich bei dir sein kann“, da lachten diese Augen so.

Und wenn ich das Mädchen küßte, dann sah ich in den Augen ganz gewiß den Himmel. Sie konnten aber auch weinen ohne Tränen, und dann lag sicher ein größerer Schmerz darin, als wenn Tränen den Blick verschleiert hätten. — Ich sah einmal die Augen bei einem kleinen Kind so, als die liebste Puppe zerbrochen war: Da stand das kleine Mädel, hatte die Hände zusammengeschlossen und sah so todtraurig auf die Scherben an der Erde, daß mir der Blick in den Kinderaugen ans Herz griff. Und bei diesem großen Mädchen sah ich dieselben Augen, als ich ihm sagte: „Ich muß nun in den Krieg.“

Und dann können die Mädchen so fein schreiben, daß in den Buchstaben ein Stück ihrer eigenen Zierlichkeit liegt. Ich habe so oft einen Brief in der Hand gehabt, den mir ein Mädchen schrieb, das mich einmal sehr lieb hatte. — In dem Briefe steht ja eigentlich gar nichts Liebes, weil wir uns sehr böse sind, aber jeder einzelne Buchstabe ist doch etwas ungemein Feines, über das ich mich sehr freuen kann. Ich denke dann: ... Da hat sie am Tisch gesessen, vornübergeneigt, und das Lampenlicht glitzerte in dem blonden Haar, daß es aussah wie Gold, und sie hatte den Federhalter in der Hand und schrieb. Und nun verfolge ich die Schriftzüge und fühle dabei, wie ihre Hand ging. Ich sehe sie nun ja gerade, wie sie da sitzt und ihr Atem über das Papier geht. Ja — der Hauch liegt jetzt noch auf dem Blatt ...

... So träume ich in meinem heißen Bett ...

Dabei kann ich dann ganz meine Schmerzen und den Krieg vergessen.

Zwei Redensarten.

Ans Bein binden.

Die steigende Lebensmittelknappheit und die hohen Preise aller Gebrauchsgegenstände nötigen selbst die Minderbemittelten, beträchtliche Summen „ans Bein zu binden“, vor deren Verausgabung in Friedenszeiten sie sich mit gutem Grunde gescheut haben würden. Es muß aber ein jeder heute Opfer bringen, sei es für die Allgemeinheit, sei es für die Familie. Aber warum muß dies gerade durch „Binden ans Bein“ geschehen? Die Sprachforscher haben mancherlei Erklärungen dafür gefunden. Am meisten leuchtet die folgende ein. Wenn ein Unglück nicht zum Herzen dringen sollte, band man die Adern unterhalb des Knies ab. In bildlicher Uebertragung bürgerte sich die Redensart im Mittelalter ein, eine Sorge, die nicht schmerzen sollte, unter das Knie zu binden. Daß diese Redewendung in der Tat sprichwörtliche Geltung besaß, bezeugt eine Breslauer Leichenrede von 1638, in der es von dem Verstorbenen heißt: „Er hat nicht einen schlechten oder geringen Kummer, den bald zu vergessen, oder den man unter den Knien zubindet, wie man im Sprichwort redet.“ In einem mittelalterlichen Liede findet sich diese Stelle:

Sie sprach: Fahr hin, mein lieber Knecht ...
Laß dir das Leid dein Haupt auch nicht zerbrechen.
Der Knabe sprach: gern ich das tu',
Bei dem Knie so bind' ich's zu,
Daß es mir das Herz nicht mag schlagen.

Auch bei Walther von der Vogelweide heißt es: „Mein Leid band ich zu Beine“. — Wenn man etwas ans Bein bindet, so entschlägt man sich also des Kummers über den Gegenstand. So erklärt Borchardt diese Redensart. Andere haben sie von dem Knüppel herleiten wollen, den man dem Hunde ans Bein band, damit er nicht wildern solle. Die Gedankenverbindung ist aber zu gekünstelt, um zu überzeugen.

Er hat einen Vogel.

Allgemein wird geglaubt, daß diese Redensart neuesten Datums und ihre Heimat Berlin sei; sie ist jedoch dem Schützenwesen früherer Jahrhunderte entlehnt und nach dem höchsten Würdezeichen, der Schützenkönigskette mit dem daran hängenden Vogelbilde, geprägt. Dieses Zeichen genoß so hoher Ehren, daß derjenige, welcher im Schützenstande, wo es für gewöhnlich an geweihter Stätte hing, an ihm vorüberging, das Haupt entblößen mußte. Der Vogel, den der beste Schütze herabschoß, war entweder ein Adler oder ein Papagei. Der Schützenkönig hatte die Verpflichtung, das Zeichen seiner Würde bei allen festlichen Gelegenheiten zu tragen. Da das Vogelsymbol nach den Vorschriften der Schützengilden nicht nur an der Halskette, sondern auch an dem Schützenhut getragen wurde, so erklärte es sich leicht, daß man von einem sich hochfahrend und eingebildet benehmenden Menschen sagte, er habe den Vogel im Kopfe. —

Kleines Feuilleton

Die Befreiung von der Laus.

Die Befreiung der Randvölker Rußlands stellt den deutschen Truppen auch viele Aufgaben, die in den Bereich der Gesundheits-Polizei fallen, und unter diesen wird die Entlausung wegen der drohenden Seuchengefahr besonders wichtig sein. Ein Entlausungsverfahren, das in großem Maßstab und unter unbequemsten Verhältnissen angewandt werden soll, muß, abgesehen von der sicheren Wirkung, möglichst ungefährlich und leicht erlernbar für das Bedienungspersonal sein, ferner muß es schon innerhalb kurzer Zeit erfolgreich wirken, überall und mit einfachen Mitteln ausführbar sein, geringe Kosten verursachen und das Desinfektionsgut möglichst wenig schädigen. Endlich muß, falls für das Verfahren chemische oder andere nicht alltägliche Stoffe in Frage kommen, ein genügender Vorrat davon ständig vorhanden sein.

Der Weg, flüssige Stoffe, die einen niedrigen Siedepunkt haben, zu vergasen, schien der beste zu sein, um in möglichst einfacher Weise die Insekten und ihre Eier möglichst schnell abzutöten. In der Münchener Medizinischen Wochenschrift berichten nun Stabsarzt Dr. Baerthlein und Oberarzt Dr. Seiffert über Versuche zur Entlausung mit Tetrachlorkohlenstoffgas. Entscheidend für die Wahl dieses Mittels war neben anderem auch noch der Umstand, daß Tetrachlorkohlenstoff, der als Benzinersatz in der Heilkunde angewandt wird, in reichlichen Mengen zur Verfügung steht und für verhältnismäßig billigen Preis zu haben ist. Es handelt sich bei dem Verfahren der Ausräucherung mit Tetrachlorkohlenstoffgas nicht um eine einfache Hitzewirkung gegenüber den Läusen, sondern um eine besondere Einwirkung. Interessant ist, daß die Eier durch dieses Mittel fast ebenso schnell abgetötet werden wie die Läuse selbst. Die Anwendung ist sehr einfach und kann, was für Frontverhältnisse wichtig ist, von ungeschultem Personal nach einfacher Anweisung ausgeführt werden. Es bedarf keiner besonderen Apparate und ist überall, wo Backöfen oder abgedichtete, heizbare Räume vorhanden sind, anwendbar. Die Einwirkungsdauer beträgt 40 Minuten. Vor dem Oeffnen der Kammer und der Herausnahme der Gegenstände wird durch Gegenzug in 5 Minuten das Gas entfernt. Bei vollbeschickter Kammer sind nur zirka 15—20 Kubikzentimeter Tetrachlorkohlenstoff für die gesamte Ausrüstung eines Mannes nötig.

Aus erlauschten Gesprächen

teilt ein Mitarbeiter des „Kunstwart“ (Deutscher Wille) folgendes mit:

„Ich komme von der östlichen Front. Habe da als Dolmetscher-Offizier tolle Dinge erfahren von der Auflösung eines mächtigen Reichs. Da, wenn sie wollten, könnten dumme Menschen manches lernen.“

„Freilich, freilich! Man muß straffe Zucht halten. Regieren, was das Zeug hält, sonst wächst der Uebermut über die grünen Bäume!“

„Nun, was das Regieren betrifft, so hats ja daran in Rußland nicht gefehlt. Und Zucht gehalten — man hat gehenkt und verbannt, was das Zeug hielt. Aber ... eben: dumme Menschen lernen aus allem Dummes. Dafür eben sind sie dumm.“

*

Im Vorsaal eines christlichen Hospizes.

Eine Dame: „Man sollte nur die Pazifisten den Krieg allein bezahlen lassen! Damit sie es am eigenen Portemonnaie fühlten, was ein Friede ohne Entschädigung kostet!“

Ein Urlauber: „Sollte man nicht auch, gnädige Frau, die Kriegsfreunde den Krieg allein führen lassen? Daran würden sie lernen, was ein Krieg mit Entschädigungen kostet.“

Aus Dr. Magers Kriegs-Sprichwörterbuch.

Ach, wenn ich doch eine Wurst hätte, um damit nach der Speckseite zu werfen!

Ich möchte jemandem Honig ums Maul schmieren — nämlich mir selbst.

Apfelpreise. Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm? Der Apfel steigt nicht weit vom Stamm!

Zwischen Lipp- und Kelchesrand schwebt des Kettenhändlers Hand.

Die deutsche Kartoffelproduktion

betrug nach einer Aufstellung der Reichskartoffelstelle:

Jahr	Anbaufläche in Hektar	Gesamtertrag in Zentner	Hektarertrag in Zentner
1915	3 572 416	1 079 585 165	315,5
1914	3 386 098	911 391 180	287,4
1913	3 412 201	1 082 422 920	317,2
1912	3 341 606	1 004 189 320	300,6
1911	3 321 479	687 484 500	207,0

Heiteres

Passend. „Liebe Frau, gehen wir doch mal in ein Symphoniekonzert heute abend! Da ist zum Beispiel ein Violinkünstler ...“ — „Nein, nein, lieber in ein Militärkonzert; ich muß dir über Verschiedenes mal gründlich meine Meinung sagen!“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling, [illegible] Druck: Friedr. Meyer & Co., [illegible] in Lübeck.